

Verkauf
verkauft, mit Ausnahme
des Sammel- und
Bibliophilen-Preises
+
Reizungspreis
monatlich 60 Pfennig für
ein Jahr, sechs bis fünf
Jahren einschließlich
1.00 Mk. ohne Postgebühren.
+
„Die neue Welt“
(Gesellschaftsbeilage),
monatlich 10 Pfennig.
+
Anzeigen-Preise:
Schriftleitung: Nr. 288.
Verkaufspreis: Nr. 1047.



Anzeigen
...
Anzeigen
...
Anzeigen in die
Publizitätsliste

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Geschäftsstelle: Fritz 42/43. Öffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Fritz 42/43. Spesenliste werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Die preussische Polenbetämpfung.

Wiederum hat die preussische Regierung ein Gesetz zur Durchführung des Polenrechts verabschiedet, und wiederum ist es bei seiner Beratung im Landtage aus laudherfüttemlichen Gründen gekommen, die, wenn sie auch ohne Poligeleitnant erledigt wurden, doch bei weitem alle übertrafen, was unsere Gegner als sozialdemokratischen „Rabau“ zu bezeichnen liebten. Das ist es wohl angebracht, einmal zu fragen, weshalb wir eigentlich eine Polenfrage haben und was darunter zu verstehen ist.

Das polnische Reich ist zum letzten Male 1815 aufgeteilt worden, und der Anteil, der dabei an Preußen kam, beträgt heute — nach der bekannten „Länderschafter“ Vermehrung der Polen — wenig mehr als 8 Millionen Köpfe. Wie klein muß er vor 100 Jahren gewesen sein! Schon diese Länderschafter weist ein schiefes Bild auf die preussische Regierungsfähigkeit. Was muß das für eine Regierung sein, die es nicht einmal in 100 Jahren fertig bringt, einen so kleinen Bruchteil fremdländischen Elements so mit eigenen 40-Millionen-Volk zu verschmelzen, daß er darin völlig aufgeht? Und dabei noch zu behaupten, daß seit 1871 das deutsche Element durch das ganze Deutsche Reich befördert worden ist, so daß man heute das Verhältnis von 8 Millionen Polen unter 70 Millionen Deutschen rechnen muß. Wenn die richtig behandelt worden wären, könnte es eine Polenfrage überhaupt nicht geben.

Sieht man antworten die zugehörigen Kreise Preußens: die Schwierigkeit liegt im bösen Willen der Polen. Die wollen eben nicht im Deutschtum aufgehen. Im Gegenteil, sie halten fest an dem Erbes, das alle polnische Völker wieder aufzuwachen. Und gerade dieses Erbes, das nur mit Bestimmtheit des preussischen Staates notwendig werden könnte, muß sich der Staat mit allen Kräften wehren. Daher die Verdrängung all der Ausnahmefälle gegen die Polen.

Ob es mehr ist, daß die Polen noch jetzt, nach 100 Jahren, die Verfestung eines selbständigen Staates erlitten, wollen wir nicht untersuchen. Wir würden es doch nicht feststellen können. Zwar, die politischen Führer der Polen bestreiten es mit aller Energie, aber das will nicht viel sagen, denn die Herren sind genau solche Diplomaten, wie die Herren von der preussischen Regierung. Und auf diplomatische Versicherungen gehen wir nicht an. Ein Interesse an der Wiederherstellung des polnischen Reiches mag bei den bestehenden Klassen der Polen vorhanden sein, denn sie würden ja in diesem Reich bestehen. Die polnischen Aristokratie haben entschieden kein Interesse daran, ihnen kann es ziemlich gleichgültig sein, ob sie von Beständen deutscher oder polnischer Nationalität ausgehauen werden. Denn sie sind das bis heute noch nicht in dem mindesten Maße eingesehen haben, so liegt das gerade an der preussischen Unterdrückungspolitik. Die macht es dem polnischen Adel und dem polnischen Kapital leicht, den Polenspartizipanten einzubrennen, alle Polen hätten ein gemeinsames Interesse an der Abwehr des Preussentums.

Wir wollen also annehmen, die preussische Regierung habe recht mit ihrer Behauptung, die Polen streben wirklich noch heute nach der Wiederherstellung ihres Reiches. Dann drängen sich doch sofort zwei Fragen auf: wie kommt es, daß dieses Erbes noch nach 100 Jahren nicht eingeschlagen ist? und welche Mittel sind geeignet, die Gefahr, die daraus für den preussischen Staat entspringt, abzuwenden? Auf beide Fragen werden man zunächst antworten müssen, daß bei jeder Angewandten Mittel auf seinen Fall die richtigen sein können. Das gibt auch die preussische Regierung zu, daß sie bisher einen gottlächen Mißerfolg mit ihrer Polenpolitik erlebt hat. Seit 50 Jahren ist nunmehr die Anschließungspolitik im Gange, und heute steht die Sache so, daß die Polen in Westpreußen und Polen über 100 000 Hektar mehr an Land gewonnen haben als die Deutschen! Außerdem aber haben sie begonnen, die Grenzen dieser Provinzen zu überschreiten und sich auch in Schlesien, Ostpreußen und Bommern in größeren Mengen festzusetzen. Sieht man also darin eine Gefahr für den preussischen Staat, so ist diese Gefahr zweifellos durch die Politik der preussischen Regierung verursacht worden.

Nun steht man aber doch die Frage stellen dürfen: worauf geht denn die preussische Politik eigentlich hin? Auf welche Weise soll denn die angebliche polnische Gefahr abgewendet werden? Zwei Wege sind doch überhaupt nur denkbar: entweder Assimilation der Polen, so daß sie mit der Zeit im Deutschtum aufgehen, oder ihre Ausrottung. Will man die letztere, so soll man's doch frei und offen sagen. Allerdings würde sich dann vermutlich ein Sturm in der ganzen gestifteten Welt erheben. Und in der Tat, so viel wie auch den preussischen Staatsmännern zutrauen, das glauben wir denn doch nicht, daß sie dumme genug seien, angunehmen, die Ausrottung eines Volkes von 8 Millionen, das überdies jenseits der Grenzen einer Stammesgenossen hat und in solchen Maße den Sympathien der ganzen gestifteten Welt finden würde, könnte ihnen je gelingen.

Dann bleibt eben doch nur die Assimilation übrig. Die aber würde erfordern eine möglichst innige Vermischung der Polen mit den Deutschen. Man stelle sich nur vor, daß drei Millionen sich in jeder Form unter 70 Millionen mischen, mit ihnen in Verwandtschafts-, Wirtschafts- und andere Beziehungen treten — wie lange würde es da wohl dauern, bis

die drei Millionen aufgegangen sind, freilich nicht ohne die besten Eigenschaften ihres Volkes auf den 70 Millionen übertragen zu haben? Überigens liegt bereits ein Beispiel vor: die Juden in der Provinz Polen werden von denselben Parteien, die sonst die Träger des Antisemitismus sind, als rein deutsches Element gefeiert, und man bedauert, daß sie infolge des ewigen Nationalitätenkampfes mehr und mehr aus der Provinz fortjäten. Wenn das wahr ist, dann ist es doch nur so zu erklären, daß die Juden sich durch ungünstige und weitgehende Vermischung mit den Deutschen völlig assimiliert haben. Die Augenbeziehung für die Polen liegt auf der Hand.

Und das geht die preussische Regierung den gerade entgegengetreten Weg und will auch dabei bleiben! Am 17. Mai bestätigte im Abgeordnetenrat der Landwirtschaftsminister ausdrücklich, daß man mit allem Vorbehalt unter den deutschen Ansiedlern hauptsächlich die evangelischen heranzieht und die katholischen zurückweist, um eine gar zu enge Vermischung mit den katholischen Polen zu vermeiden. Wörtlich sagte er: „Nicht als wenn die Katholiken schlechter und minderwertige Deutsche wären; aber das consocium (eheliche Verbindung) und das commercium (wirtschaftliche Verbindung), welches sie mit den polnischen Demobnen zusammenfüßt, und die gleiche Religion, welche die enge Verbindung zu weiterer Unterstützung gibt, trägt es im Laufe der Jahre dahin, den Nationalitätenunterschied zu verwischen.“

Ja aber das muß doch gerade der Ined einer vernünftigen Politik sein, den Unterschied und damit den Gegensatz der Nationalitäten mit der Zeit zu verwischen! Wenn man das nicht will — was will man dann eigentlich? Das heißt doch, mit vollem Bewußtsein die Polen zurückzuführen, sie von einer Annäherung an die Deutschen fernhalten, und folglich in ihnen das Gefühl nähren, daß sie nur durch Wiederaufrichtung des polnischen Reiches vollwertige Staatsbürger werden können! Muß man daraus nicht schließen, daß die maßgebenden Kreise in Preußen ein Erlöschen der großpolitischen Wertungen im Grunde gar nicht wünschen, und daß diese ihnen nur als Vorwand dienen für eine Politik, die tatsächlich ganz andere Zwecke verfolgt? Und müssen einem dabei nicht unwillkürlich die maßlos geglückte erben Bodenpreise in den polnischen Landesteilen in den Sinn kommen, aus denen sowohl polnische als deutsche Grundbesitzer auf Staatskosten gewaltige Vorteile gezogen haben?

Die belgischen Wahlen.

Am Sonntag haben in Belgien die Kammerwahlen stattgefunden. Bis zur Stunde liegt das Ergebnis der Wahlen noch nicht in der Vollständigkeit vor, doch ein endgültiges Urteil über den Ausgang möglich werden. Der Kampf, der diesmal mit ungewöhnlich heftiger Erbitterung geführt wurde, gott namentlich der Bestätigung des kirchlichen Systems, der unvollkommenen Verfassung etc. Es war ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der kirchlichen Partei und den beiden auf dem Boden moderner Weltanschauung stehenden Parteien des Liberalismus und des Sozialismus. Noch am Abend vor den Wahlen machte sich im ganzen Lande eine starke Erregung bemerkbar. In Brüssel befürchtete man noch in letzter Stunde einen Ausbruch der wochenlang aufgeschobenen Leidenhaften. Die Regierung hatte umfangreiche Vorkehrungsmassregeln getroffen und Truppen und Polizei sowohl in der Hauptstadt als auch in den Industriezentren zum Aufmarsch.

Obwohl die Wahlen auch insofern noch als die diesmal eine Gesamtneuerung des Parlamentes brachten, hat der alle zwei Jahre erfolgenden Erneuerung der Hälfte der Kammerlinge.

Das Wahlercht zur Kammer ist seit 1893 ein nahezu allgemeines Männerwahlrecht. Voraussetzung ist Alter von 25 Jahren und einjähriger Aufenthalt in der Gemeinde. Dagegen ist es ungleich. Familienväter von 35 Jahren, die 5 Franc Steuer zahlen, und Inhaber von Grundbesitz im Werte von 48 Franc jährlich wählen Rad oder einer Staatsrente von 100 Franc, die 3 Jahre alt sind, haben eine zweite, solche mit akademischer Bildung und die bestimmte höhere öffentliche Beamten befehlen, haben eine dritte Stimme. Es ist klar, daß dies Wahlrecht, das 3 Quartieren des Volkes und besonders den konservativen Grundbesitz mächtig begünstigt und die Arbeiter weiter überhaupt die städtischen Beamten benachteiligt. So hatten nach den letzten veröffentlichten Wahllisten von 1900-01 915 673 Wähler je 1 Stimme, 318 099 je 2 und 289 181 je 3 Stimmen, so daß über 900 000 Wähler vor noch nicht 600 000 weit überstimmt werden. Am meisten leiden darunter natürlich die Sozialisten, weniger die Liberalen, während der ganze Vorteil den Christen zufallen muß. Natürlich haben diese sich durch geschickte Anwendung der städtischen wie der ständischen Wahl eine Reihe weiterer Vorteile geholt, wie auch das Proporzsystem in seiner befalligen Gestalt — große Wahlkreise, bei denen die kirchliche Minorität voll zur Geltung kommt, in den großstädtischen und Industriebezirken, Heine mit Verkümmern der antiklerikalen Minoritäten in den Landbezirken — ihnen zum Vorteil gereicht. So erhielten bei den beiden letzten Wahlen von 1908 und 1910 die Christen mit zusammen 1 660 000 Stimmen 86 Abgeordnete, während die Opposition mit zusammen rund 1 240 000 Stimmen (Sozialisten, Liberalen, die wegen der vielfachen Parteibildung nicht

streng zu trennen sind, und Christliche Demokraten oder Dacensiten) nur 80 Abgeordnete erhalten. So steht nicht mit Bestimmen wahlrecht und unter Begünstigung seiner, nicht zur Regierungspartei zahlender Gruppen hinter der Mehrheit der Kammer keine Mehrheit der Stimmen mehr. Die Vermehrung der Abgeordneten und die Empörung mittelster Volkskreise über die zugleich bildungsfeindliche und höchst eigennützig, dabei bodenbrutalen und niedrigsten Herrschafts- und Kampfsmitteln nicht zurückgebenden kirchliche Politik dürfte diesmal eine größere Stimmengewinnung und statt der allmählich seit 40 Jahren sich vollziehenden Abbröckelung der Mehrheit deren völligen Sturz gebracht haben.

Im ganzen gibt es 80 Kreise, die bisher 186 Abgeordnete, diesmal aber 189 wählen. Der größte Wahlkreis Brüssel mit Vororten, hatte bisher 21 Vertreter (9 Christen, 7 Liberalen, 5 Sozialisten), Antwerpen 18, Lüttich 12, Gent 11, während es andererseits eine Menge Kreise mit 4, 3 und selbst einen mit 2 Abgeordneten gibt. Die Stärke der Fraktionen war bisher: 84 Sozialisten, 45 Liberalen, 1 Christl.-Demokrat, 80 Christen.

Das vorläufige Wahlergebnis.

Brüssel, 3. Juni. Die gestrigen Wahlen zur Kammer und zum Senat sind bis zum Abend ohne Störungen verlaufen, Gemäßt sind 186 Deputierte und 98 Senatoren.

Angesichts haben sich die Hoffnungen der Liberalen und Sozialisten, daß es ihnen bei den Wahlen gelingen würde, die kirchliche Mehrheit zu stützen, nicht erfüllt. Die kirchlichen Kreise dürfen wieder mit einer geringen Mehrheit aus den Wahlen hervorgehen. Die katholische Geistlichkeit hat einen Wahlergebnis ausgeteilt, der aller Beschäftigung spottet! — Aus verschiedenen Orten werden Zusammenkünfte zwischen der Polizei und dem Publikum gemeldet. In Brüssel durchzogen gestern abend erregte Massen die Straßen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 3. Juni 1912.

Die Reichseinnahmen im Jahre 1911.

Im Reichsanzeiger wird eine berichtigte Uebersicht der Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für das Rechnungsjahr 1911 veröffentlicht. Sie weist von der Ende April gezeigten vorläufigen Uebersicht wesentlich ab. Die Gesamtsumme aus den berechneten Quellen hat 1876,8 Mill. Mk. betragen, b. i. noch 285,5 Mill. Mk. mehr als man nach den vorläufigen Berechnungen angenommen hatte. Im Etat war die Einnahme auf 1482,7 Mill. Mk. veranschlagt, so daß der Ueberschuß über den Ansatz 198,1 Mill. Mk. beträgt. Rechnet man dazu die Mehreinnahme aus der Reichsoperverwaltung und der Reichseisenbahnverwaltung mit etwa 84 Mill. Mk., so ergibt sich, daß das Reich rund 227 Mill. Mk. mehr vereinnahmt hat, als der Etat angenommen hatte.

Mehreinnahmen haben gebracht: Die Rölle 66,8 Mill. Mk., Grunderwerbsteuer 4,9, Zuckerversteuer 18,2, Branntweinverbrauchsteuern 30,4, Vermittlungssteuer 3,4, Zinsteuer 2,7, Zinssteuer 4,7, Börsensteuer 16, Kaufsteuer 3,7, Böttchersteuer 1,9, Brandsteuer 1,5, Personalsteuer 6,8, Personalsteuer 6,7, Zinsteuer 1,5, Erbschaftsteuer 6,9 Mill. Mk. — Einen Ausfall gegenüber dem Etatsansatz haben erlitten die Tabakersteuer um 3,1, der Grundbesitzübertragungssteuer um 2,4, die Zinssteuer um 2,1, und der Schenkungssteuer um 0,6 Mill. Mk.

Die Polizeigewalt im Dreiklassenhaufe und der Staatsanwaltschaft.

Der Oberstaatsanwalt in Berlin hat die von den Genossen Vorkardt und Einert gegen den Polizeileutnant Rols und vier Schulgenossen erstattete Anzeige zurückgemittelt. Der Weispruch lautet:

Der Erste Staatsanwalt beim Agl. Landgericht I Berlin.
Journ.-Nr. 16 i. 514/12.

Berlin SW 52, Lurmfstraße 89, den 30. Mai 1912.

Der am 23. Mai bei mir eingegangenen Anzeige vom 21. Mai 1912 gegen den Polizeileutnant Rols und die Schulgenossen Vorkardt, Kofenberger, Knuff und Kramp wegen Verwechslung im Sinne der §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches gebe ich keine Folge.

Sie halten den Tatbestand dieser Straftaten deshalb für erfüllt, weil nach ihrer Auffassung die Bestimmungen des § 64 Abs. 1 und 3 der Weisungsordnung, die dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses unter Umständen die Befugnis der Aufschließung eines Abgeordneten für den Rest der Sitzung und der Berücksichtigung seines Wiedererlebens geben, im Widerspruch mit den Gesetzen stünden und deshalb unerbittlich seien.

Wie Sie schon aus dem von mir gegen Sie wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt und gegen den Wg. Herrn Einert gelegenen Widersandes gegen die Staatsgewalt eingeleiteten Ermittlungsverfahren zu entnehmen in der Lage sind, und nach näher zu begründen

Er bemängelt die Auffassung nicht zu teilen, weil sie unübernehmbar ist.

Nach Artikel 78 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat regeln die Kammern ihre Geschäftsangabe und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung. Da weder an dieser noch an anderer Stelle der Verfassungsurkunde sich eine Bestimmung befindet, durch die den Kammern bei der Schaffung der Geschäftsordnung hinsichtlich des Umfangs der Disziplinarorgane oder der zur Aufrechterhaltung der Disziplin erforderlichen Mittel Zwang auferlegt wird, ergibt sich, daß die Bestimmung der Normen, nach denen der Gang der Geschäfte und die Disziplin in der Kammer gehandhabt werden soll, dem Ermessen jeder der beiden Kammern überlassen sein soll. Sie sind hierin völlig autonom. Diese Autonomie findet ihre Grenzen lediglich in der Verfassung selbst, wo deren Bestimmungen sich die Geschäftsordnung nicht in Widerspruch setzen darf, falls sie bindende Kraft haben soll.

Ein solcher Widerspruch ist nicht vorhanden. Als eine Bestimmung, die verletzt sein könnte, käme der Art. 84 der Verfassungsurkunde in Betracht, der den Abgeordneten Unverletzlichkeit wegen der von ihnen in der Kammer ausgesprochenen Meinungen gewährt. Diese unbeschränkte Redefreiheit verdrängende Schutzbestimmung ist dem Sinne nach in dem § 11 des Strafgesetzbuchs übernommen. Dieser Schutz greift indessen nur die Unzulässigkeit der Verfolgung an, herab die des Schadens in sich. Dagegen können nach Art. 84 der Verfassungsurkunde Abgeordnete in Ansehung der Kammer sehr wohl zur Rechenschaft gezogen werden; denn dieser Artikel führt unter Hinweis auf Art. 78 a. a. D. ausdrücklich eine Verantwortlichkeit des Abgeordneten auf Grundlage der Geschäftsordnung vor. Ein auf Grund dieser der Geschäftsordnung zustande gekommenen Geschäftsordnung verhängtes, in ihr vorgesehenes Disziplinarmittel enthält mithin keinen unzulässigen Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Abgeordneten.

Der Umlauf, daß die Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine gewöhnliche Maßnahme nicht darstellt, ergibt zugleich die Rechtmäßigkeit der Anordnungen der mit der Durchführung der prinzipialen Maßregel beauftragten Polizeibeamten. Oberster Grund des Strafrechtes ist es, daß nur diejenige Verletzung eines Rechtsgutes strafbar ist, die die Rechtswelt und die Rechtswertung ist. Diese Voraussetzung muß erfüllt sein, auch wenn das Verbot der Rechtswertung nicht ausdrücklich in den Tatbestand einer als Verbrechen oder Vergehen gekennzeichneten strafbaren Handlung aufgenommen ist. Diese Voraussetzung liegt auf Seiten der Polizeibeamten nicht vor. Hinsichtlich der Schenkung ist sie schon deshalb nicht gegeben, weil die lediglich den Zweck des ihnen vorgelegten Polizeitemals selbst angefaßt haben, der bei Erteilung des Befehls innerhalb seiner Zuständigkeit behandelt hat und infolgedessen die Verantwortung trägt. Aber auch der Polizeileutnant Kolb hat nicht rechtswidrig gehandelt. Er hat lediglich eine Entscheidung des Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses vollzogen, die dieser im Rahmen seiner Zuständigkeit, auf Grund der beschlossenen, mit Befehlen nicht im Widerspruch stehenden Geschäftsordnung getroffen hatte.

Die gegen die Person des Herrn Keiner gerichteten Handlungen des Polizeibeamten sind deshalb nicht im Tatbestand der oben angelegenen Paragrafen, weil sie gar nicht bestrafen, denn Keiner aus der Verfassungslage zu entfernen, oder ihn sonst an der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte als Abgeordneter zu hindern, sondern allein dazu dienen, das dem Beamten bei ihrer rechtmäßigen Amtsausübung in der Person des Herrn Keiner entgegengetretene Hindernis zu beseitigen und den Weg dazu freizumachen.

gez. P. v. Frey, Oberstaatsanwalt.
An den Schriftsteller Herrn Julian Vorhard, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Berlin-Lichterfelde.
Diese Entscheidung ist zwar sehr prüflich, aber unhaltbar. Liefert sie doch im Grunde darauf hinaus, daß die Immunität der Abgeordneten durch eine einfache Be-

stimmung der Geschäftsordnung des Parlaments aufgehoben werden kann. Diese Auffassung widerpricht nicht nur dem Wesen der Immunität, sondern auch den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung und der Reichsgesetze. Auf den sprichwörtlichen Punkt der Antike ist der Oberstaatsanwalt auch nicht mit einem Worte eingegangen; es handelt sich darum, wie der Staatsrechtsparagraf mit den §§ 105 und 106 des Reichsstrafgesetzbuchs vereinbar ist. Es ist ein unbilliger Reichsgrundfaß, daß sein Landesgesetz und keine Geschäftsordnung eines Parlaments im Widerspruch zu einem Reichsgesetz stehen darf. Deshalb ist der Staatsrechtsparagraf rechtlich unhaltbar.

Selbstverständlich werden unsere Genossen gegen den Bescheid des Oberstaatsanwalts Beschwerde einlegen und sicherlich das Kammergericht anrufen. Wie die Entscheidung auch immer ausfallen wird — unsere Genossen werden sich nicht unmutig anschauen lassen!

Anarchisten-Verfolgung.

Die Verfolgung der anarchistischen Föderation, die in den Pfingsttagen in Berlin stattfand, gibt einen hübschen Aufschluss über den Charakter der gerichtlichen und polizeilichen Behandlung der Anarchisten zu plaudern, man erfährt daraus zwar nicht viel neues, aber es ist immer gut, von Zeit zu Zeit einen Blick in die polizeilichen und geistlichen Verhältnisse zu tun.

Die Fäden der Polizei laufen unsichtbar nach allen Richtungen und über die Grenze weit hinaus zu jenen Orten des Auslandes, wo deutsche politische Flüchtlinge die Verbindung mit den Gesinnungsgenossen in der Heimat aufrechterhalten. Alle Fäden aber laufen wohlgeordnet zusammen in der T. Abteilung des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz zu Berlin.

Der Vorsteher der Exzelle dieser politischen Abteilung ist ein jüdischer Beamter, der jederzeit gerne Auskunft erteilt, soweit man nicht gerade Antisemitismus erfahren will. „Wir von der Polizei“, so meint der Polizeierst, „sind keine Gelehrten und keine Literaten. Wir betreiben den Antisemitismus nicht als wissenschaftliches Problem, wir untersuchen nicht zwischen den Salonnarischen und den Bombenfabrikanten, sondern wir behandeln jede anarchistische Bewegung in Wort, Schrift und Tat gleichmäßig als Anarchismus.“ Aber Sie werden doch eine verschiedene Politik je nach der Gefährlichkeit des Verbrechens an der Polizei?“

„Die Politik richtet sich zunächst nur nach dem verletzten Gesetzesparagrafen. Also z. B. Verleumdung, Aufreizung, Hochverrat, Strengförmigkeit. Aber natürlich ändern sich die allgemeinen Maßregeln der Beobachtung und Verfolgung je nach der Qualität der anarchistischen Organisation und Propaganda.“ „Die Maßnahmen sind wohl in den letzten Jahren etwas milder geworden, weil man glaubt, die deutschen Anarchisten geben internen Streitigkeiten überlassen zu können, durch die ihre Werkstätte obenein sehr gemindert wird?“ — „Wir werden uns fügen, unsere Vorfahren und Maßnahmen bekann zu geben. Die Herren Anarchisten würden sich sehr danach einzusetzen.“ Die bevorzogene Behandlung der „Anarchisten sachen“ findet sich auch in der Justiz wieder. Der Berliner Reichsanwalt, Justizrat Dr. Richard Wieber, der Tugende von Anarchisten verteidigt hat, gibt darüber folgende Aufschlüsse: „Seit mehreren Jahren bezeichnen man beim Landgericht I zu Berlin eine Reihe von Straftaten nicht bloß mit dem Namen des Angeklagten und der Straftat (also z. B. wider Trenker wegen Mordes), sondern es steht auch noch auf dem Urteilstext, daß unter dieser Bezeichnung „Anarchisten sachen“ verstanden ist.“

Letzen Richterbesetzung und natürlich noch mehr in den letzten Kreisen der Bevölkerung eine fast absolute Unkenntnis herrscht über das, was die Anarchisten für eine Sache sind. Bezeichnet die politische Polizei auf Grund der ihr von unbekanntem und ungenannten Hintermännern geworbenen Information den Angeklagten als Anhänger der Propaganda der Tat, so überläßt sie förmlich die Befugnisse ein Gräuel, das nicht dazu beiträgt, eine objektive Urteilsfindung zu erleichtern.“

Massenunfälle Eine treffende und sachverständige Bestätigung unterer Auffassung, daß viele Richter mit dem besten Willen nicht imstande sind, zu einer objektiven Würdigung der feiner Beurteilung unterworfenen Tat zu gelangen. Um so herabwürdiger aber der polizeiliche Instanz, gewisse Straftaten von vornherein zu zeichnen und die Vorurteile der Richter aufzuspielen.

Deutsches Reich.

Der Kriegsminister tritt nicht zurück? Die Meldung der Schließung der Volkszeitung, daß der Kriegsminister v. Heinemann dem Reichstag seine Amtsübernahme übergeben werde, ist nicht der Wahrheit entspricht. Die National-Zeitung hat beim Kriegsminister angefragt und von ihm die Antwort erhalten, daß das Rücktrittsgesuch glatt er funden sei. — So belanglos an sich der Rücktritt eines Ministers ist, es wird sich ja bald erweisen, ob dem Dementi irgendwelche Bedeutung beizumessen ist.

Die Reichsliste der Beamten. Die Deutschen Nachrichten, das Zentralorgan der deutschen Beamtenchaft, berichten von einer Beamten-Disziplinierung in Hamburg, die Stufenchen erregt. Dort petitionierten alleruntertänigst 137 Gefängnis-aufseher um Verbesserung ihrer Lage. Das Gesuch ist eingeleitet mit den Worten: „Eine verhehlenden Gefängnis-Inspektion erlaubt sich der Verein der Gefängnisbeamten, Hamburg, eingetrag. Verein, nachstehendes Gesuch der hochgeehrten Einwirkung und wohlwollenden Berücksichtigung ganz ergeben zu unterbreiten.“ Der Beamte, der dies erbetigte und bescheidene Gesuch im Rahmen von 137 Aufsehern — so viel Mitglieder zählt der Verein — unterzeichnet und an die vorgesetzte Behörde weitergegeben hat, ist von dieser in Strafe genommen worden. Zuerst haben Gefängnisdirektor und Senatspräsident diesen Mann eigentlich „lofort mit Disziplinierung bestrafen“ wollen, aber man hat sich entschlossen, diesmal noch „ Gnade vor Recht“ gehen zu lassen und sich mit der Strafe eines Monats Gefängnis für die Unterfertigung des Gesuchs zufriedig zu geben.

Wenn das alles in der freien Hansestadt Hamburg“ geschieht, so darf man sich über die gleiche Behandlung solcher Fälle in Preußen und anderen nicht mehr wundern. Doch das die richtige Art ist, die staatsverwaltende und fürstliche Gesinnung der Beamten zu stärken, nicht für uns außer allem Zweifel!

Die Jungliberalen gegen Zubrumm. In der Franfurter Wochenzeitung Mainz und d. wird von jungliberaler Seite erklärt, die „Unternehmer“ des Reichsverbandes der National-liberalen hätten eine höchst verwerfliche Interparteilichkeit und Kreuzzug mit ihrer Gründung begangen; und diesen Sonderbündlern müsse gründlich heimgeleitet werden.

Diese jungliberale Drohung wird auf Zubrumm und seinen Anhang wenig Eindruck machen, denn die Taktik in der national-liberalen Partei bestimmt der große Geldbeutel der „Industrieherrn“. Die Jungliberalen klaffen wohl, aber sie bestehen nicht!

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform der ungarischen Opposition. Im ungarischen Abgeordnetenhause liegt am Sonnabend vor Eintritt in die Tagesordnung der Abgeordnete Franz Woffits die Forderung der koalitierten Opposition dar, die diese hinsichtlich der Wahlrechts und der Wehrreform erhebt. Die Grundzüge sind folgende:

Das Wahlrecht besitzt jeder ungarische Staatsbürger, der seit zehn Jahren die Staatsbürgerchaft innehat, das Lesen und

Die Inselbauern.

Roman von August Strindberg. Verdeutschte von Emil Schönerberg.

Als das Frühstück zu Ende war, kam die Alte und hat Carlsson und Gustav, mit ihr nach dem Weisheit und auf die Felle zu gehen, um über die Verteilung der Arbeit zu sprechen und zu beraten, was zu tun ist, um den Hof in besseren Stand zu bringen. Danach wurden sich alle in der Stube verabschieden, um die Arbeit zu tun.
Aunabst ließ sich dem Herz auf das Sofa und stellte sich eine Weile an. Norman nahm seine Gardamonia und setzte sich in den Vorraum, während die anderen nach dem Weisheit gingen.
Carlsson fand mit einer gewissen Befriedigung seine schlammigen Bekleidungen überzogen. Zwei Hüte lagen auf den Anten und trafen Moos und Stroh, das das Futter zu Ende war. Jeder Versuch, sie aufzurichten, war unmöglich; nachdem Carlsson und Gustav sie auf die Weine zu bringen verabschiedet, indem sie ihnen eine Waale unter den Bauch schoben, überließ man sie vorläufig ihrem Schicksal.

Carlsson schüttelte beständig den Kopf, wie ein Arzt, der ein Sterbebett verläßt; sparte aber seine guten Ratsschläge und Verbesserungsorschläge für später auf.
Mit dem Ahnenspaar fand es noch schlimmer, da es eben mit dem Wingen fertig geworden war.
Die Schafe hatten nur Hinde zu frumpen von den längst abgetretenen Laubbüscheln.
Die Schweine waren mager wie Nagbunde. Die Hühner liefen im Weidhof umher, auf dem Weidhufen zerstreut waren, von denen das Weidvieh ins Weidfeld abließ.
Nachdem man sich alles angesehen und den Verfall erkannt hatte, erklärte Carlsson, hier sei nur noch mit dem Messer etwas zu machen.
— Ged's Hüte, die Milch gehen, sind besser, als zwölf, die humpeln!

Er unterließ Spiegel und Futter und bezeichnete mit großer Sicherheit die sechs, die man aufsitzen und dann zum Schlacht bringen solle.
Gustav machte Einwendungen.
Carlsson aber versicherte und beteuerte, sie müßten geschlachtet werden! Sie würden werden, so wahr er lebel! Dann könnte man eine andere Ordnung einführen. Zuerst aber müßte vor allem trockenes, gutes Neu gekauft werden, die man das Vieh in den Wald lassen könne.

Als Gustav von den Neu kaufen sprach, machte er die lebhaftesten Vorstellungen, doch nicht sein Geld für etwas auszugeben, das man selber habe. Aber die Alte brachte ihn mit der Erklärung zum Schweigen, davon versuche er nichts.
Nachdem man noch einige weniger wichtige Anordnungen getroffen, verließ man den Weidhof und wanderte auf die Felle hinaus.
Die Regen kamen Strecken brach.
— Ach, ach, sagte Carlsson mitteilig, als er den guten Boden

auf so veraltete Art bewirtschaftet sah. Ach! wie fündlich! Kein Mensch hat mehr Brache, sondern Kleewei! Wenn man jedes Jahr ernten kann, warum soll es nur jedes zweite Jahr tun?
Gustav meinte, jährliche Ernten saugten den Boden aus; der Mensch auch ruhen bei der Weid.
Aber Carlsson gab eine ganz richtige, wenn auch etwas dunkle Erklärung ab, Kleefaat bünge den Boden, statt ihn auszusaugen; auch halte sie ihn von Inkrant frei.

„Dahon habe ich noch nie gehört, meinte Gustav. Saaten, die bünge!“
Er lachte Carlsson's gelehrte Auseinandersetzung, daß Grasgemächte ihre meiste Nahrung „aus der Luft“ holen, nicht verstehen.

Darum untersuchte man die Abwasgräben; die fanden voll Grundbesetzter, hatten augenscheinlich, hatten nicht ablaufen. Das Korn stand herum, als habe man Hände voll ausgegossen, und das Inkrant wücherte zwischen den Schollen.

Die Weiden waren nicht gebar; das Laub des Vorjahres bedeckte und erstifte das Gras, das zu einem einzigen Kuchen zusammengelassen war.
Die Feldsäure waren im Begriff umzufallen; Brüden fest; alles war zu bausällig, wie die Alte es in dem Gepräch am Abend dargelegt hatte.

Gustav aber wollte nichts von Carlsson's tiefdringenden Unterredungen wissen; er lehnte sie als etwas Unangenehmes ab, das man nicht mit ihm erörtern ausraub. Er fürchtete die viele Arbeit, die wintle, und noch mehr, daß seine Mutter Geld herausriegen müßte.

Als sie dann nach der Alkeweide gingen, blieb Gustav zurück; als sie in den Wald kamen, war er verabschieden. Die Alte rief nach ihm, erhielt aber keine Antwort.
Man er gehen meinte die Alte. So ist Gustav! Er ist immer etwas stumm und träge; nur dann nicht, wenn er mit der Felle auf die See hinaus kam. Aber daran muß er sich nicht kehren, Carlsson, wenn etwas Böses ist nicht in ihm. Sein Vater wußte etwas Weiseres aus ihm machen; er sollte nicht als Anecht gehen, sondern sollte tun, was er wollte. Als er zwölf Jahre alt war, triete er sein eigenes Boot, natürlich auch eine Felle. Seitdem hat nichts mehr mit ihm zu wollen. So, es wäre auch gegangen, wenn Gustav nur verstanden hätte, die Leute anzubalten; aber er muß sich immer so ge-mein mit den Fellen machen, und dann geht's mit der Arbeit nicht vorwärts.

— Das laugt allerdings nicht, die Leute zu verabsöhnen, hatte Carlsson ein; und das muß ich Lante allein gehen, hier unter vier Augen; soll ich so etwas wie Kulkos sein, so muß ich in der Stube essen und allein in der Kammer schlafen; so muß die Leute seinen Meißel, und ich komme nicht vom Felle.

In der Stube saß er, der erste Bericht die Alte während sie über den Eintritt ihres, wird wohl kaum gehen. Die Leute lassen sich nicht leicht gefallen, daß man anderwärts ist als mit ihnen in der Weid. Der alte Hof hat nicht einmal geglaubt, und Gustav hat sich nicht getraut. Und mit man's, machen sie sofort Spektakel über's Essen; hellen sich auf die Winter

heine. Nein, daraus kann nichts werden. Daß er aber auf der Kammer schläft, ist etwas anderes; das wollen wir mal sehen. Die Leute finden ja schon, es seien ihrer zu viel in der Küche; und Norman, denke ich, schläft lieber allein in seinem Bett als mit einem anderen zusammen.

Carlsson hielt es für das Beste, sich mit halbgewonnenem Spiel zu begnügen, und stellte die andere Weise vorläufig in den Sack.

Sie kamen fort in den Fichtenwald, wo zwischen einigen Gesellschaften noch eine Gemeinheit lag. Die Fichten schlüchten in der brennenden Aprilsonne schon gar aus; zu ihren Füßen blühten viele Osterblumen, und unter den Falebüschen guden Überblühenden durch das durchbrochene Verneben des modernen Parkes. Auch beim Sommerhof, ein Mann und eine Frau, gingen den Baumhängen nach man das Plummern über den Weidzang stitzern; weiter fort blaute die von einer leichten Weite bewegte Weidenfläse; das sich bündelnde Fichte oben im Gezwig und der Grünspecht hämmerte und Idrie.

Die Alte trippelte auf dem lafsen Fußpaß über Aadeln und Burzeln. Carlsson, der hinter ihr ging, sah, wie sie sich über Schrubholzer unter geschmeidigen Schritten bog und unter dem Saum des Kleides beschwand. Da erinnerte er sich daran, daß sie ihm geldern älter bekommen war, wie er Gtan und Carlsson veranlaßt, seinen Frühlingseffekten Luft zu machen.
— Ach wie er spriat! Man könnte glauben, er wolle mit einer alten Frau keinen Spaß treiben.

Nein, ich meine immer, was ich sage, beschwerte Carlsson gläubig. Um mit Lante Schritt zu halten, gerade ich in Schwitz!

— Wir wollen ebenfalls nicht weiter gehen, antwortete die Alte und blieb stehen, um zu verabschieden. Die Lante er sich den Wald ansehen, Carlsson; herber bringen wir das Vieh ins Sommer, wenn es nicht brauchbar auf den Weiden ist. Carlsson warf einen nachdenklichen Blick auf den Wald; er fand, daß die viele Klatter Brennholz standen und gutes Wallenholz sich auf der Wurzel erhob.

Aber wie schlecht gepflegt! Da liegen noch Wipfel und Resten in Ruhe, die schon so langen Sommer aufzuhaben, das kein Mensch durchkommen kann!

— Da sieht er selber, Carlsson, wie es steht. Nun mag er walten und schlafen, wie er will! Er wird schon Ordnung schaffen, selbst ihn ich nicht! Nicht wahr, Carlsson?

Der Alte meinte, er werde nicht so leicht sein, sich eine Stellung als Korporal zu schaffen, da die Gemeinen länger am Plage wären.
Er unterbreitete dem Gepräch über die Art und Weise, wie Carlsson seine Oberhoheit einnehmen und bewahren könne, gingen sie zurück. Diese seine Oberhoheit sei die Hauptbedingung für das Aufblühen des Hofes, suchte Carlsson der Wäuerin einzureden.

(Fortsetzung folgt.)

Schreibens mächtig, vierundzwanzig Jahre alt ist und ein einjähriges Studium im Wahlort nachweisen kann. Vom Nachweis der Reifezeit des Lesens und Schreibens sind diejenigen befreit, die innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren durch zwölf Monate Mitglieder der Arbeiterkrankenkasse sind, ferner diejenigen, die ein Zeugnis über sechs Schuljahre besitzen, ferner Kaufleute und Gewerbetreibende, die den Gewerbetreiben beizugehen.

Das Wahlrecht verliert all diejenigen, die sich gegen den unparteiischen Nationalstaat der Aufrechterhaltung (1) gemacht haben. Bei der ersten Beurteilung wird der Verlust des aktiven und passiven Wahlrechtes auf zehn Jahre, im Wiederholungsfall auf Lebensdauer ausgesprochen. Die Abtunung geschieht gemeindeweise und ist geheim; ausnahmsweise öffentlich in den Bezirken, wo die Zahl der Wahlberechtigten 70 Prozent beträgt. In den Gemeinden, die mehr als 15 000 Einwohner zählen, ist die Abtunung geheim.

Inwieweit auf Grund dieses Entwurfs die Zahl der Wähler 24 Millionen übersteigen sollte, ist die Regierung ermächtigt, die Altersgrenze für die Wahlberechtigten vom vierundzwanzigsten auf das fünf und zwanzigste Lebensjahr zu erhöhen.

Zur Mehrreform sagte Kostitz, die isolierte Opposition wäre bereit, ein mehrjähriges Provisorium zu bewilligen, das die Mehrerhebung der definitiven Wahlbevölkerung genehmigt und die zwei jährige Dienstzeit einführt.

Es heißt, daß der Majorität die Wahlreformforderungen der Opposition als weit zu weitgehend erschienen. Andererseits ist die nunmehr bereinigte Opposition entlassen, im Falle der Ablehnung ihrer Vorschläge zur schärfsten Obstruktion überzugehen.

Die vorgeschlagene Wahlreform geht allerdings über die Regierungsvorschläge weit hinaus, hat aber noch die großen Mängel. Namentlich die Bestimmung über den Verlust des Wahlrechtes wegen „Aufreizung gegen den Nationalstaat“ ist eine reaktionäre Herbie, die überhaupt ungenutzbar wäre. Trotz allem würde die Verwirklichung dieser Reform einen nicht geringen Anstoß bedeuten. Jedemfalls kann das reaktionäre Schwebelred der Regierung als befreit gelten. Die Wahlrechtsfrage ist der unparteiischen Proletariat ist nicht vergebens gefolgt worden.

Rudapest, 8. Juni. Die vom Ministerpräsidenten Lucas auf die Friedensvorschläge der vereinigten Oppositionsparteien erteilte Antwort der Regierung kommt einer vollständigen Ablehnung der Vorschläge gleich. In der Frage der Wahlreform besteht die Regierung auf einem allgemeinen Wahlrecht unter Einführung eines gewissen Bildungsgenusses und eines subventionierten Steuerzensus. Keineswegs könne sich die Regierung zu dem Vorschlag der Opposition verstehen, die eine Erhöhung der Wahlstimmen auf 8,9 Millionen herbeiführen würde. Auch die Oppositionsvorschläge bezüglich der Mehrwohle seien nicht geeignet, einen Frieden herbeizuführen. Die Regierung könne sich nicht abwärts zur Bewilligung eines Provisoriums verstehen, wodurch die jetzige Verwirrung gesteigert und stabilisiert werde. Gäbe die Opposition jedoch durch Zerstörung der Soldatenannahme der Regierung Folge, so wäre die Regierung bereit, sich für 1912 mit einem Truppenkontingent von 188 000 Mann aufzulegen zu geben. Die Oppositionsparteien werden heute nachmittags zu diesen Erklärungen der Regierung Stellung nehmen.

Russland.

Die Streikbewegung. In Petersburg kam es zwischen 5000 streikenden Arbeitern einer medizinischen Schularbeit und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem Arbeiter durch Säbelstiche schwer verwundet wurden. — Im Ministerium des Innern heißt es, daß sämtliche Arbeiter in Petersburg zum 18. Juni, dem fünften Jahrestag der durch Stolypin vorgenommenen Veränderung des Wahlgesetzes des Generalkomitees beschließen. (2) Am Donnerstag ist ein Massenstreik unter den Arbeiter ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen, die Arbeiter entlassen und sie durch Bauern aus den unter Notstand leidenden Gouvernements erführen wollen. Die Polizei hat, nach dem B. Z., mit Verhaftungen streikender begonnen, die teilweise zu Unruhen geführt haben.

Kleine politische Auslandsnachrichten.

Der Regereinstand auf Kuba. Die kubanischen Regierungstruppen ließen die Rebellen eine Schlacht, worin die letzteren geschlagen wurden. 127 Regere sowie 18 bei ihnen befindliche Frauen wurden getötet. — Angehörige sollen bereits amerikanische Truppen gelangt sein, oder deren Landung unmittelbar bevorsteht.

Beamtenkorruption in Amerika. Vier Mitglieder des Stadtrats von Atlantic City haben eingeladen. Bestechungen in Höhe von je 500 Dollar für ihre Stimmen bei der Vergabe eines Kontrakts für eine neue städtische Promenade angenommen zu haben. Vier andere Mitglieder sind der Bestechung schuldig. Die Entdeckung wurde mit Hilfe eines Diktographen gemacht, durch den die Verhandlungen aufgenommen wurden.

Französische Verluste in Marokko. Das Pariser Journal veröffentlicht die Zusammenstellung der Verluste, die die Franzosen bei den Kämpfen in Marokko in der Zeit vom 1. Juni bis 6. Mai dieses Jahres hatten. Danach wurden 16 Offiziere und 105 Soldaten getötet, 289 Mann und 9 Offiziere verwundet. Rechnet man die Verluste der Franzosen in den letzten Wochen hinzu, so würde man auf 600 Tote und Verwundete kommen.

Die spanischen Republikaner haben am Sonntag in Barcelona ein großes Meeting veranstaltet, in dem Einpruch erhoben wurde gegen die Politik Canalejas. Nach dem Meeting fanden Straßenumzüge statt.

Aus der Partei.

An die Bildungsausschüsse!

In diesen Tagen ist das Winterprogramm 1912-13 des Zentralkomitees der Bildungsausschüsse zur Verdingung gelangt. An alle Bildungsausschüsse und sonstige Interessenten, die bei uns gemeldet sind, ist das Winterprogramm geschickt worden. Da Abänderungen nicht immer bei uns gemeldet

worden, ist es möglich, daß die Druckfäden nicht in allen Fällen an die gegenwärtigen Korrespondenten der örtlichen Ausschüsse gelangt ist. Wir bitten in solchen Fällen um Mitteilung.

Das Winterprogramm wird unentgeltlich an die Organisationen und an Freunde der Arbeiterbildung geschickt.

Wir eruchen die Bildungsausschüsse, die ihnen ausgegangenen Fragebogen über die örtliche Bildungsarbeit bis spätestens am 15. Juli an uns zurückzuführen. In Orten, in denen noch kein Bildungsausschuss besteht, ist der Fragebogen von den mit der Pflege der Bildungsarbeit beauftragten Organisationen oder Genossen auszuführen.

Der Zentralkomitee der Bildungsausschüsse.

N. A.: Heinrich Schulz, Berlin SW., Rindenschlagstr. 8.

Ein sonderbarer Redakteurwechsel in Göttingen.

Die Parteidifferenzen in Württemberg wollten kein Ende nehmen! Dem handlofen Disziplinbruch des Göttinger „Genossen“ Julius Brändner folgt jetzt ein neuer Fall, der nicht minder unerhört ist. Aus Stuttgart wird uns darüber berichtet:

Genosse Dr. Zehleimer, Redakteur der Freien Volkszeitung in Göttingen (Württemberg) verläßt in kurzen feinen Posten. In seinem Nachfolger ist Genosse Erich Lindemann von Ulmer Donauwacht, früher Mitglied der Redaktion der Schwabinger Tagblatt-Stuttgart, ausgetreten. Die Ulmer Donauwacht soll alsdann in der Göttinger Druckerei hergestellt werden.

Die Freie Volkszeitung wurde Ende 1910 gegründet und zunächst in der Druckerei der Tagwacht in Stuttgart hergestellt. Der politische Teil mußte zum größten Teil der Tagwacht entnommen werden. Technische Schwierigkeiten, aber auch die Haltung der Tagwacht, die mit den prinzipiellen und taktischen Anschauungen der großen Mehrheit der Göttinger Parteigenossen nicht im Einklang stand, beschleunigten die Errichtung einer eigenen Druckerei in Göttingen. Der Landesverband hand der Schaffung des neuen Parteiblattes ablehnend gegenüber, aus „finanziellen Erwägungen“. Das junge Blatt brachte es trotzdem in kurzer Zeit an annähernd 5000 Abonnenten heran, während die bisher erschienenen Blätter allerdings so wenig wie anderen Parteiblätter erhopt. Die Opferwilligkeit der Göttinger Genossen allein genügte nicht, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Der Parteivorstand machte im Einverständnis mit dem Landesverband Württemberg seine Hilfeleistung davon abhängig, daß das Ulmer Parteiorgan, das zur Zeit noch in der Druckerei der Tagwacht hergestellt wird, der Druckerei des Göttinger Parteiblattes überwiesen werde. Diese und sonstige Bedingungen technischer und finanzieller Art können hier unentwickelt bleiben. Sie sind nicht zu beanstanden. Anders sieht es mit dem jetzt erfolgten Redakteurwechsel.

Die Haltung des Göttinger Parteivorstands unter der Redaktion des Genossen Dr. Zehleimer war dem Landesverband der Mehrheit der Landtagsfraktion und dem Kandidaten des Göttinger Reichstags- und Landtagswahlkreises Genossen Dr. Lindemann wenig angenehm. Das Blatt hat wiederholt derbe Kritik an diesen Genossen und ihrem politischen Wirken geübt.

Die außerordentliche Kreisgeneralversammlung am 17. März dieses Jahres, die von 148 Delegierten besucht war, hat mit einem gegen 8 Stimmen die Haltung des Parteivorstandes im Reichstagswahlkampf gebilligt. Die mit ihm übertragene Mehrheit gefasste Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige Generalversammlung spricht dem Kreisverband und der freien Volkszeitung für ihre traktierende Führung des Wahlkampfes ihre volle Anerkennung aus. Sie erachtet es als vornehmste Aufgabe der Partei, ihre Ideen in völliger Übereinstimmung mit dem Programm überall zum Ausdruck zu bringen.“

Die Versuche, das Blatt finanziell sicher zu stellen, dauerten bis zum letzten Dienstag, wenige Tage vor dem Erfüllungstermin verschiedener Verbindlichkeiten. Die Göttinger Genossen, die allen wesentlichen Bedingungen des Parteivorstandes und des Landesverbandes, soweit sie technischer und finanzieller Art waren, zugestimmt hatten, bieten die Gelegenheit für so weit gehen, daß eine allseitig betriebene Lösung so gut wie sicher sei. Der Redakteur Genosse Zehleimer trat seinen Urlaub an. Am letzten Dienstag aber stellte der Landesverband im Verein mit dem Ulmer Vertreter der Göttinger Genossen das Ultimatum, den jetzigen Redakteur Genossen Dr. Zehleimer seines Postens zu entheben und den Genossen Rogmann als Redakteur zu akzeptieren. Andernfalls sei eine finanzielle Unterstützung ausgeschlossen. Genosse Rogmann, der in seinem Ulmer Organ die Göttinger Genossen nicht mehr aus ihr Kreise angegriffen, am Dienstag, also am Verhandlungstage selbst in einem langen Leitartikel für den von der Mehrheit der Göttinger Genossen abgelehnten Kandidaten Dr. Lindemann Partei ergreifen, erklärte sich bereit, den Genossen Zehleimer zu ersetzen. Zehleimer konnte nur noch telegraphisch von diesem Vorgehen in Kenntnis gesetzt werden.

Sein Rücktritt von der Redaktion der Freien Volkszeitung ist nunmehr sicher. Die Parteiverammlung in Göttingen am letzten Donnerstag stimmte unter dem Druck der Verantwortlichen „Bereinstimmig“ zu, die folgenden Wortlaut hat:

„Die beiden Parteiorgeane Freie Volkszeitung und Donauwacht werden befristeten und die geschäftliche Leitung der Gesellschaft Schmidt, Tagwacht übertragen. Die beiden Parteiorgeane werden unter eine Redaktion gestellt. Ueber die taktische und prinzipielle Haltung des Blattes, sowie über die Beziehung der Redaktion entscheidet eine Pressekommission, die aus je drei Genossen vom Landesverband, aus dem 10. und dem 14. Wahlkreis gewählt wird. Falls in dieser Pressekommission eine Einigung nicht erzielt wird, entscheidet endgültig der Parteivorstand.“

Die Göttinger Genossen versuchten nochmals, Genossen Zehleimer der Redaktion zu erhalten. Zehleimer, der die Verhandlungen an seiner Person nicht scheitern lassen wollte, gab jedoch folgende Erklärung ab:

„Angefaßt dessen, daß infolge Aufgabe der finanziellen Selbstständigkeit der Freien Volkszeitung und ihrer Verschmelzung mit der Donauwacht auch eine Veränderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der Freien Volkszeitung zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der Freien Volkszeitung zu verbleiben.“

Die Verammlung nahm daraufhin einstimmig eine vom Kreisverband vorgeschlagene Resolution an. Sie lautet:

„Die Verammlung des Sozialdemokratischen Vereines Göttingen nimmt mit dem größten Bedauern den Rücktritt des Genossen Zehleimer von der Redaktion der Freien Volkszeitung zur Kenntnis. Sie spricht ihm den warmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden war.“

Damit ist das einzige Parteiblatt Württembergs, das den Kampfkampf mit aller prinzipiellen Schärfe führt, aufgetaucht, und zwar mit dem Parteigelege, das Parteivorstand und Landesverband zu verwerten haben. Das Verhalten des Landesverbandes der württembergischen Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit ist so — sagen wir euphemistisch — außerordentlich, und widerspricht dem Parteiprogramm und den in der Partei üblichen Grundsätzen. Das darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen sein darf! Die hier der Landesverband seine Macht zur Unterdrückung von ihm unangenehmen Meinungen mißbraucht, das hat mit dem in der Partei bislang üblichen Verfahren nichts mehr zu tun, sondern ist die Hervorkehrung eines Standpunktes, der zugleich eine schärfere Kritik an der Parteileitung darstellt, als wir sie oben formten! Immerhin fordert das der Partei unabweisbare Vorgehen des Landesverbandes zum allerersten Schritt heraus, und wir hoffen bestimmt, daß sich auch der Parteivorstand etwas näher damit beschäftigen wird!

Der Vorwurf unterliegt das Verhalten des Landesverbandes in der Angelegenheit folgender scharfer Kritik: „Wir halten das Vorgehen des Landesverbandes für ein ganz unzulässiges Verfahren. Es darf einfach nicht geschehen, daß die finanzielle Verlegenheit des Parteiorgans dazu mißbraucht wird, seine parteiatische Stellung zu beeinflussen. Der württembergische Landesverband würde damit nicht nur im Gegensatz zur scharfen Praxis des Parteivorstandes gehandelt haben, sondern eine Bahn betreten, auf die folgen, alle Parteigenossen auf das entscheidende abliehen müssen. Gegen eine solche Vernichtung finanzieller Verlegenheiten eines Parteiabteiltes könnte nicht scharf genug protestiert werden.“

Das Wort Ausreißer eine „Verleumdung“.

Es fällt heute einem Redakteur schwer, die Arbeitswilligen mit einem prägnanten Ausdruck zu belegen. Wohin er auch greift, in den deutschen Vorkriegs, die Richter leben in ungeschickter, getrübten Worten eine Verleumdung, sowie es auf die Arbeitswilligen ausgedrückt wird. Ein Arbeitswilliger soll nicht nur nicht selber angehen werden, die Arbeitswilligen sollen überhaupt nicht mehr öffentlich festgesetzt werden. Die Schlesien-Polstische Volkszeitung hatte im Juli vorigen Jahres im gemeinschaftlichen Teile eine ganz kurze tatsächliche Notiz veröffentlicht, daß über das Geschiebe eines Stieles (Glaferehrens) die Sperre verhängt worden sei, weil er den Tarif nicht einhalte. Zum Schluß war darin mitgeteilt, daß der Glaser Sch. als Ausreißer in dem gelernten Geschiebe tätig sei. Diese einfache Tatsachenfeststellung genügt der Sachgemäßheit zur Erhebung der Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der Schlesien-Polst. Volkszeitung Genossen Dierenberg und den Vorsitzenden der Stiele Zahlstelle des Glaferehrens, Blauret, der als Urheber der Notiz angesehen wurde. Jeder der beiden Angeklagten wurde von der Stiele Stammkammer wegen Vergehens gegen § 158 der Gewerbeordnung und wegen Verleumdung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auf die gegen das Urteil eingelegte Revision hin hob das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache an das Stiele Gericht zurück, weil der § 158 der Gewerbeordnung in diesem Falle nicht anwendbar sei. Am Donnerstag, den 30. Mai, stand die Sache wieder vor der Stiele Stammkammer zur Verhandlung. Wieder lautete das Urteil auf 50 Mk. Geldstrafe; diesmal war aber der § 158 der Gewerbeordnung ausgeschlossen worden, die Verurteilung erfolgte nur wegen Verleumdung des Glasers Sch. Die Verleumdung einer für die Allgemeinheit so nützlichen Tätigkeit wie das Weiterarbeiten bei Streiks, Sperren usw. mit dem Worte Ausreißer ist ehrenbrechend und beschimpfend, so ungehörig führte der Vorsitzende des Gerichts in der Begründung des Urteils aus. Höher geht's nimmer!

Ein Zusammenkunft von sozialistischen Parlamentariern.

Wie dem Vorwärts aus Bern geschrieben wird, läßt Genosse Dr. Frank Mannheim in einem Rundschreiben zu einer Zusammenkunft der sächsischen, österreichischen und schweizerischen Parlamentariermitglieder ein. Die Zusammenkunft soll am Sonntag, den 8. Juni, und Sonntag, den 9. Juni, in Konstanz stattfinden. Eingeladen sind speziell die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Bayern, aus der Schweiz und Oesterreich. Eine Tagesordnung ist nicht angegeben, es soll die Zusammenkunft einen „avangarischen“ Charakter haben.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überlebens, Parteimeldungen, Ausland, Generalschaffliches, Streulisten und Vermittlungs Karl Bod., Lokales: Wilhelm Roemer, Provinzialstelle: Gottl. Rasperel, sämtlich in Halle.

Jasmatzi-Fabrikate nur Qualität!



Marke „Elmas“

hochfein in Aroma, überall beliebt
3-5 Pfg.-Cigarette.

Edvard Graf, größtes Spezial-Geschäft am Platze, **Bettfedern, fert. Betten.** Beste und billigste Bezugsquelle. **Marktplatz 11.** Halle a. S.

Wochentags 8 Uhr 20. Walhalla. Sonntag 8 Uhr.
Beste und folgende Tage: Gastspiel der Winter-Tymians.
 Beste und grösste Herrentruppe Deutschlands.
 — Jede einzelne Nummer, neuer Schläger für Halle. —
 ::: Bomben-Erfolge. :::
„Die Dame im weissen Kleid!“
 In Dresden 60 ausverkaufte Häuser gebracht!
 Achtung! Verlangen Sie Vorzugskarten

PASSAGE-THEATER.
 Halle a. S. Lichtspielhaus. Leipzigerstr. 88.
 Geben eingetroffen die herrlich gelungene eigene Aufnahme:
 :: Der Blumen-Korso. ::
 Die Direktion.

Von der Reise zurück.
Beitrag Richter, Hauptstr. 17.
 kann unentgeltlich, gegen Entgelt schwarze Erde abgeladen werden.
 Causalschreiberstr. 3a.

Apollo-Theater
 Direction: Gustav Foller.
Gastspiel des Gunglgertruppens
 Spielleiter: Max Sanna.
 Abends 8.10 Uhr die Genations-Revue!
der Fremdenlegion
 Militäraufführung in 4 Aufzügen v. Leo Jungmann.
 Das Stück gestaltet bei der besten Premiere einen **Kolossal-Erfolg!**
 Für die nächste Saison von den meisten grösseren Bühnen zur Aufführung erworben.

Volkspark
 Tel. 1107. Burgstrasse 27 1107.
Dienstag, 4. Juni, abends 8 Uhr
I. Gr. Garten-Konzert.
 Zur Einführung der beliebten Sommer-Konzerte, ausgewähltes Programm.
 Programm 10 Pf. Programm 10 Pf.
 Einem zahlreichen Erscheinen nicht entgegen
 Die Geschäftsleitung.

Wenn mein Mädchen zu Ihnen kommt
 und Schuhcreme verlangt, wünsche ich immer nur **Pilo**; ein anderes Schuhputzmittel nehme ich nicht!
 Wenn Sie das Ihrem Kaufmann sagen, dann ist es sicher, daß Sie auch stets nur die allerbeste und dazu noch die ausgiebigste aller Schuhcremes, nämlich **Pilo**, erhalten.
Pilo ist überall zu haben!

Frank
 bei Ausbleiben monat. Abgabe werden sich vertrauensvoll an Frau F. Bruno, Oberhausen, Rheinl., Gelsenb. 14. - Rückg. erbeten. - Frauen-Katal. gratis.
Maschinen dauerhaft, billig.
Kander, e. Kass. Nr. 12
 Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Kakao eigenes Fabrikat, von 90 W. pr. 3/4 bis 21.250 empfiehlt
Carl Bouché, Hauptstr. 1. Zurm. und Leipzigerstr. 61/62.

Klein-Auto
 Piccolo, 6 P.S., Einzylinder, 2 Ritz, liefert sehr preisw. zu verkaufen **Schlierer**, 45, Rontor.
 Jeden Dienstag: **Schlichte & Feil**, Mansfelderstr. 3.

Zentralverband d. Lagerhalter.
 Die **Versammlung** am Mittwoch den 5. Juni beginnt 2 1/2 Uhr, und bitte die Kollegen pünktlich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Frank
 brauchen bei Störung u. Unregelmäßigkeit, von Weiskopf nur **Dr. Scheidts Salfacrol** Garanti. unschädlich, Pulver 4 Mk., Tropfen 8,50 - 10 Mk., von sämt. hygienische Bedarfsartikel billigst.
Dr. Conrad Scheidt, Halle a. S., Gröbenweg 3a. p. Samenbedienung. Rückporto.

Wanzen mit Brut
 sowie sämt. Ungeziefer vertilgt durch chemische Ver-gasung innerhalb 6 Stunden Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer, Hanerstr. 2, Telefon 3645.

Berein f. Naturheilkunde
 Halle-Nord, e. S.
 Mittwoch den 5. Juni abends 9 Uhr in der Kolonade des Saals und Sonnenbades:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 Vereins-Angelegenheiten.
 Sonntag den 9. Juni:
 Ausflug **Heide-Eisenau**.
 Abmarsch früh 7 Uhr vom Vereins-Grund, Saalstr. - Am Tage Beteiligung bitte. Der Vorstand.

Möbel-Haus M. Gadau, Albrechtstr. 43,
 ist die billigste und reellste Bezugsstelle für
 Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.
 Vielerlei als Spezialität in eigener Werkstatt gearbeitet
 :: **Plüschsofas** ::
 Transportfrei durch eigen. Gefährt.
 Bitte genau auf No. 43 zu achten.

Eisbonbon
 mit verschiedenem Geschmack empfiehlt
Rob. Schirmer, ob. Leipzigerstr. 71, Porter-Turm (Koland-Geb.)
 Mansfelderstr. 43.

David's Einmachen d. Früchte.
 Preis 30 Wia.
 Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Sara 42/43.

Morgen Schlichte Feil, Bernh. Siegel, Salterstr. 47.
Morgen, Dienstag Schlichte Feil, e. Kass. Nr. 12, Robert Franzstr. 7.

Arbeitsmarkt
 Ein anst. Mann an best. Ort gel. zum Behuf der Privatbuchhändl. hohe Vergütung. Auskunft sof. kostenlos. Gefl. Off. u. L. N. 1000 a. d. Expedition dieses Blattes. erbeten.

Wohnungs-Anzeigen
 2 Stuben, 2 Kammern, Küche u. Zubehör, Fr. 270 M., 1. 7. 12 zu vermieten **Treffstr. 20**, p.

Standsamtliche Nachrichten.
 Halle-Süd (Steinweg 2), 1. Juni.
Ausgaben: Gutsbesitzer Wilke und Martha Häblich (Kölme und Sille Bromende 18), Angewandte und Fabrikbesitzer Müller und H. Abich (Salle und Kolberg), Lehrer H. Matties u. H. Müller (Salle und Mühlberg), Buchhändler P. H. Müller (Salle und Leipzig), Maurer Schübel und E. Heile (Brudtorf u. Eilenburg).
Ehegeschloßungen: Kapellmeister Sonnabend u. Fräulein Sara (Martinsstr. 1 und Marktpl. 11), Klempner Schiller und Emma Müller (Salle und Kleine Ulrichstr. 5), Bäcker Starz und Emilie Scherz (Kl. Ulrichstr. 15 und Marktstr. 9), Hausbesitzer Koch und Martha Gaus (Salle 15 und Metzerstr. 4), Klempner Boars und Marie Wille (Merseburgerstr. 101), Kaufmann Laude u. Beret Lebig (Salle 15 und Metzerstr. 4), Arbeiter Reich u. Magdeburgerstr. 46), Arbeiter Wolf u. Martha Reichmann (Laudenstr. 5 und Baumstr. 98), Klempnerarbeiter Friedrich u. Tina Fontana (Friedenstr. 20).
Geboren: Tapetener Weber E. (Schlichterstr. 18), Arbeiter Schaf E. (Lortzstr. 42), Geboren: Brokurliten Stengel E. 1. Juni, Bernhardsstr. 22), Friedr. Heise, 67 J. (Merseburgerstr. 100).
Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a), 1. Juni:
Ausgaben: Arbeiter Fandler und Ludwig Wölscher (Heilichstr. 13 u. Heilichstr. 2), Geboren: Glendeder Mens E. (Gr. Heilichstr. 13), Hieronimus Kerppeborn E. (Saurenstr. 3), Geboren: Zimmermann Ernst Egon, 3 Mon. (Burghstr. 22).

Zum Lohnkampf in den Bäckereien!

Folgende Bäckereien sind als geregelt zu betrachten, weil in denselben die Forderungen der organisierten Bäckergehilfen:

Rost u. Logis außer dem Hause des Meisters u. Mt. 23.00 Mindestwochenlohn erfüllt sind.

Richard Albrecht , Herrenstraße 1.	Emil Ködderitzsch , Alter Markt.	Richard Rennert , Böllbergweg 7.
Paul Blossfeld , Rammischstraße.	Ernst Lorenz , Schmießstraße.	Eduard Rossenhahn , Merseburgerstr. 61.
Rudolf Fischer , Böllbergweg.	Rudolf Metzger , Kl. Klausstr. 12.	Hermann Ruhl , Hallorenstraße.
Walter Glück , Herrenstraße 26.	Oswald Patschke , Schützenstraße.	Hugo Schiller , Große Klausstraße.
Herm. Hopfgarten , Franckelplatz.	Karl Range , Merseburgerstraße.	Max Schröder , Schwefelstraße 18.
Konrad Höpfner , Gr. Brunnenstr. 23.	Otto Refert , Anhalterstraße.	Ww. E. Wunderlich , Kl. Märkerstr.
K. Bauermann , Ammendorf.	H. Nitzer , Beesen.	O. Treusch , Radewell.
Edm. Hermann , Ammendorf.	K. Thiele , Osendorf.	Rich. Emmerich , Wörmlich.
Osk. Rost , Ammendorf.	Fr. Berger , Radewell.	Wilh. Föllner , Wörmlich.

Der Allgemeine Konsumverein in Halle a. S. gewährt in seiner Bäckerei bei achtfündiger Arbeitszeit bedeutend bessere Löhne, als die geforderten. Desgleichen die Konsumbäckereien in Ammendorf und Trotha.

Mit den Großbäckereien **Gebr. Schubert**, Merseburgerstraße, D. Jünge, Bismarckstraße, **H. Schöttge** in Klitschmar und **R. Müller**, Friedrichstraße, hat die Organisation seit längerer Zeit Tarifverträge, die bessere Bedingungen enthalten, als wie sie von den Kleinmeistern gefordert werden.

Alle die hier genannten Bäckereien können wir der geehrten Bevölkerung bei ihren Einkäufen nur empfehlen.

Wirte, die ihr Gebäck aus bewilligten, im Volksblatt veröffentlichten Bäckereien entnehmen, wollen ihre Lieferanten ersuchen, von der Streikleitung ein Plakat für ihre Wirtschaft zu besorgen.

Die Lohnkommission der Bäckergehilfen.

Gewerkschaftliches. Die Bauunternehmer rüsten.

Die Vorbereitungen zu den im nächsten Frühjahr im ganzen Meide ablaufenden Tarifverträgen im Ausgewerbe werden mit unermüdlichem Eifer getroffen. In den Bauarbeiterverbänden zeigen die Mitglieder und die Massenbetriebe eine starke Aufwärtsbewegung. Die Bauarbeiterseite wird eifrig zum Kampfe gerüstet. Die örtlichen Vereine des Unternehmensverbandes machen durch Zirkulare ihre Mitglieder auf den Ablauftermin am 31. März 1913 aufmerksam und erziehen sie, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Einige solche Rundschreiben wurden schon bekannt. Besondere Beachtung jedoch verdient das Zirkular der Kölner Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Darin wird den Bauunternehmern geraten, ihre Bauherren, Architekten und sonstigen Interessenten auf die außerordentlich kritische Lage, in der sich das Baugewerbe aller Voraussicht nach im Frühjahr 1913 befinden wird, aufmerksam zu machen und sie dringend zu bitten, für diese Zeit etwa geplante Bauten vor diesem Termin zur Fertigstellung zu bringen und auf die Lage ganz besonders Rücksicht zu nehmen. Ferner sollen sie ihren ganzen Einfluss dahin geltend machen und darauf achten, daß in alle Verträge über Leistungen und Lieferungen folgenden entnommen wird:

Bei eintretendem Streiks oder eintretenden Ausperrungen werden die Verträge und die Fristen um die Dauer des Streiks und der Ausperrung verlängert. Ein dem Sinne nach ähnliches Rundschreiben, in dem nur noch zahlenmäßig die Fortschritte der Bauarbeiterorganisation aufgeführt werden, ist vom Zentralrat der Geschäftsstelle für die Wohnungs-Arbeiter verfaßt worden.

Zur Ausperrung der Hannoverischen Metallarbeiter.

Auf die öffentliche Erklärung des deutschen Metallarbeiterverbandes, daß die Befristung der Metallindustriellen die Öffentlichkeit nicht richtig informiert habe, versuchen die Unternehmer in der hiesigen Presse, jetzt den Anschein zu erwecken, als wären sie von vornherein den Arbeitern 57 Stunden und 3/4 Prozent Lohnerhöhung geboten hätten und daß die Arbeiter von der Verbandsleitung gezwungen worden wären, das Angebot abzulehnen. Das trifft nicht zu. Die Unternehmer lehnten zuerst jede Verhandlung über die Forderungen der Arbeiter ab und machten ihr Angebot erst, nachdem die Arbeiter in einzelnen Betrieben wegen Ablehnung jeder Bewilligung eines Teiles ihrer Forderungen in den Streik eintreten mußten. Bevor sie die Arbeit niederlegten, boten sie ihren Firmen an, mit einer halben Stunde Arbeitszeitverzug pro Tag und 1/2 Prozent Lohnzulage pro Stunde zufrieden sein zu wollen. Nach Eintritt des Streiks verlangten die Unternehmer, daß die Arbeiter mit einer Verkürzung der Arbeitszeit des Sonnabends jeder Woche, womit 57 Stunden Arbeitszeit pro Woche erreicht werden sollten, und mit 3/4 Prozent Erhöhung der Stundenlöhne, womit nicht die geringste Lohnerhöhung eintrete, einverstanden sein sollten und lehnten jede Verhandlung über den sehr entgegenkommenden Arbeitervorschlag ab. Wären die Unternehmer auf die Verhandlung des Vorschlags der Arbeiter eingegangen, dann hätten sie in allen Betrieben Streik und Ausperrung vermieden.

Man versteht jetzt endlich darauf, die Öffentlichkeit zu erzählen, daß die Arbeiter auf bedingungsloser Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 54 Stunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. bestehen. Es glaubt eben trotz aller Erklärungen kein Mensch mehr. Die Schuld an der Ausperrung tragen die Unternehmer ganz allein.

Die Metallindustriellen lehnen bisher noch jede Verhandlung über die Arbeiterangebote ab, womit die Verkürzung unmöglich gemacht wird. Daß die Metallarbeiter nicht zu Recht freieren wollen, wurde am Freitag, den 31. Mai, in der größten hannoverschen Maschinenfabrik (Kometenfabrik) in Linden illustriert, wie die selbstgewilligten Arbeiter nach abgelaufener Kündigungsjahre die Arbeit einstellten. Sie ließen sich mit keinen Versprechungen der Betriebsbeamteten und der Firma von der Ausübung der Solidarität abhalten. Ein kleiner Rest folgte in den nächsten Tagen. Der Firma ist die selbstverschuldete Situation sehr unangenehm.

In Hannover können die Metallindustriellen ihre Gewaltmittel nicht stärker anwenden. Sie sind am Ende ihres Rates. Die Metallarbeiter markten ab, so die Metallindustriellen eine Verkürzung zuzulassen werden.

Ausperrung in der Fürther Glasindustrie.

In der Fürther Glasindustrie ist es nun doch zur Ausperrung gekommen. Es sind von den im Glasarbeiterverband organisierten Arbeitern 308 Betriebsleute und 122 ledige, und von den organisierten Arbeitern 93 Betriebsleute und 16 ledige ausgesperrt worden. Der erste Betriebsleiter des Unternehmens hat also seine Tätigkeit damit eröffnet, wegen eines Unternehmensstreiks, der nicht einmal die durchschnittlichen Arbeitsbedingungen gewähren will, die gesamte Arbeiterschaft aus der Fabrik zu werfen.

Von den anderen beteiligten Verbänden dürfte zusammen die gleiche Zahl Ausperrter in Betracht kommen. Von den Organisationsleitungen sind Verhandlungen in Angelegenheit worden, die auch schon zu einigen Zugeständnissen der Unternehmer geführt haben. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, und steht noch zu hoffen, daß die Ausperrung in einigen Tagen beendet sein könnte. Es können die Verhandlungen jedoch nicht so schnell zum Abschlusse kommen, da die Arbeiter nicht ohne weiteres auf ein Weitergehen zu einem freigelegten Ende führen werden.

Streik in den Steingewerkschaften Friedrichsfeld i. V.

In den Deutschen Steingewerkschaften Friedrichsfeld i. Waden ist am 1. Juni durch die Arbeiter der Streik proklamiert worden. In 800 Arbeitern haben, nachdem vor dem Mannheimer Einigungsamt gescheiterte Verhandlungen stattgefunden, die Arbeiter einmütig beschlossen, den Streik zu erklären, und zu diesem Zweck haben sie sich auf Friedrichsfeld i. Waden streng geschlossen.

Der Londoner Eisenarbeiterstreik.

Die Arbeiter, die ganz von der Shipping Federation beherzigt werden, haben die Maste fallen lassen. Sie glauben

sich augenblicklich stärker als die Arbeiter und wollen deshalb von keiner Konferenz mit Ministern und keinem Schiedsgericht etwas wissen. An der von der Regierung einberufenen Konferenz erschienen bloß die Arbeitervertreter; sie konnten deshalb nicht abgehört werden. Die Regierung machte darauf gewisse Vorschläge zur Einsetzung eines Schiedsgerichts, dem eventuell gefällende Zwangsmaßnahmen eintreten werden sollen. Die Unternehmer sollen am Montag, die Arbeiter am Dienstag auf diesen Vorschlag antworten. Die abzulehnende Haltung der Schiedsrichter ist aber so gut wie sicher. Sie haben ganze Geschäftsabteilungen von Streikbrechern importiert und verlangen den weitgehenden militärischen Schutz. Unter diesen Umständen können die Führer der Arbeiter unter ihres Willen zur Vollziehung der Generalstreiks in allen Ländern gedrängt werden. In industriellen Kreisen ist man der Meinung, daß die Regierung eingreifen muß, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen, falls sich die Eisenbahner dem Streik anschließen und damit wieder eine Notbremse für das Land herbeiführen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Süden in die Stadt wird unter polizeilichem Schutz fortgesetzt, und verläuft meistens ohne Störung. In den Häfen sammeln sich insofern die Schiffe an, die vergeblich der Ausladung harren und deren Ladungen infolge ihrer besonderen Beschaffenheit zum Teil dem Verderb ausgesetzt sind.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1911.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im verfloffenen Jahre zum ersten Male den Umsatz von 100 Millionen Mark überschritten. Er betrug rund 110 Millionen Mark. Die genaue Zahl lautet 109 605 469,39 M. Diese Umsatzaufnahme allein ist bereits eine Tatsache, auf die die organisierten Konsumisten stolz sein können. Für eine Großverkaufsgesellschaft, die 18 Jahre besteht, ist eine Umsatzaufnahme von 23 Prozent sehr bemerkenswert, denn die Zeit der herkömmlichen Gründung, wie sie ein solches Unternehmen in den ersten Jahren erlebt, ist doch für die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine längst vorüber. Die Entwicklung der Konsumvereine bringt es mit sich, daß gegenwärtig weniger Neugründungen von Vereinen erfolgen als früher, und sie führt weiter dazu, daß manche Vereine, die seit Jahrzehnten bestehen, sich mit Nachbarvereinen verschmelzen, da große, leistungsfähige Vereine den Konkurrenzkampf mit den privatalphabetischen Geschäften besser führen können. Obwohl man unter diesem Umstand auf eine erhebliche Zunahme der Konsumvereine in der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Rechnung treten, nicht rechnen kann, ist doch die Zahl der Abnehmer der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von 554 auf 574 gestiegen. Auch die Zahl der Vereine, die Mitglied bei der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind, ist gewachsen und zwar von 675 auf 708. Die Lieferung von Waren, die in gewissenhaftigen Betrieben hergestellt sind, hat bei der Großverkaufsgesellschaft im verfloffenen Jahre eine weitere Ausdehnung erfahren. Wurden im Jahre 1910 für 3,8 Millionen Mark Waren aus gewerkschaftlichen Betrieben vertrieben, so stieg die Zahl im vorliegenden Jahre auf 6,5 Millionen Mark. Wie der Wert steht, ist die relative Umsatzerhöhung hier viel größer als die allgemeine Umsatzerhöhung. Nur die gewerkschaftlichen Lieferanten der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehört zunächst einmal die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die für mehr als 1 Millionen Mark Papierwaren geliefert hat. Dann wurde von der Schlichterei des Samberg Konsumvereins Produktion für 438 000 M. Fleischwaren getauft. Ferner wurde an Butter und Käse für 2 Millionen Mark aus gewerkschaftlichen Betrieben bezogen.

Die Waren, die Privatbetrieben hergestellt werden, bilden die Mehrzahl der Produktion auf konsumgenossenschaftlicher Grundlage eines weiteren Fortschritts gemacht. Es sind eine Reihe neuer Artikel in eigener Fabrikation aufgenommen worden, so Margarine, Kognak, Roggenmalz und andere. Diese Artikel werden im Auftrage der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an privaten Fabriken hergestellt, führen aber die Marke G. U. S. Wenn die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf Grund ihrer Schätzung den Bedarfs wertige Artikel in Auftrag gibt, dann findet hier nicht die übliche volle Produktion für den Markt statt, sondern wir haben es hier mit einem Stück Produktion für den Bedarf, aufgebraut auf gewerkschaftlicher Grundlage, zu tun.

Die große Bedeutung der Eigenproduktion für das Genossenschaftswesen hat man in der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine längst erkannt. Doch wir gegenwärtig noch nicht genutzte Eigenproduktion haben, hängt zum Teil damit zusammen, daß die erste Seifenfabrik beinahe ein jahrelanger Kampf ausgefochten werden mußte. Nun die Seifenfabrik Mitte 1910 endlich ihren Betrieb aufnehmen konnte, zeigt sich aber auch, daß die organisierten Konsumisten hier eine erste wichtige Mutterfabrik geschaffen haben, die den Vergleich mit jedem beliebigen Konsumunternehmen ausbalanciert kann. Der Umsatz der Seifenfabrik betrug 1,7 Millionen im Jahre 1910, stieg 1911 auf 4,7 Millionen Mark. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Geschäftsjahr 1910 der Seifenfabrik nur sechs Monate zählt, so ist die Zunahme doch noch immer sehr erheblich. Es wurden 9,6 Millionen Kilogramm Seifenfabrikate und 25 800 Gros Toilette- seifen im ablaufenden Jahre hergestellt. Vorkünftig wurden Ende 1911 in der Seifenfabrik 228 Personen, darunter 110 Arbeiter und 98 Arbeiterinnen. Die Gesamtsumme für Lohn und Gehälter betrug 229 000 M.

Die drei Zigarettenfabriken in Frankenberg, Hohenberg und Hamburg haben ihren Umsatz ebenfalls erheblich gesteigert. Er stieg von 2,4 M. Mark auf 9,7 M. Mark, also um mehr als eine halbe Million Mark. Es wurden 37 000 Mill. abgeholt gegenüber 30 000 Mill. im Jahre 1910. Die Folgen des Tabakerzeugnisses sind jedoch noch nicht völlig überbunden. Genauer Vergleiche, wie sie im Geschäftsbericht der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angeführt werden, zeigen, daß der Umsatz in Zigaretten besserer Preislage noch nicht wieder die alte Höhe erreicht hat. Die Kaffeefabrik der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte

im verfloffenen Jahre einen Umsatz von 1 667 081 Kilogramm. Eine weitere Ausdehnung der Eigenproduktion steht bevor. Mitte des Jahres wird voraussichtlich die von der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angelaufene Zigarettenfabrik in Zauenberg (Hesse) in Betrieb gesetzt werden. Ferner wird die Kaufkraft der Arbeiterorganisation in Nordhausen in die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine aufgehen. Die Generalversammlung der Kaufkraft-Arbeiterorganisation in Nordhausen hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Für weitere Ausdehnung der Eigenproduktion sind Vorbereitungen im Gange.

Vor einiger Zeit ging durch die Reichsverbandspresse eine Notiz über die letzte Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in den Seifenfabrik der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Gröba-Missa. Selbstverständlich war in der Notiz noch nicht einmal das übliche Wort Wahrheit enthalten. Die Erklärung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G., die viele Verleumdungen, zeigte jedem objektiven Beurteiler sofort zur Genüge, wie wenig berechtigt die Angriffe waren. Trotzdem werden sie wahrscheinlich wieder einmal aufwachen. Da ist es denn von besonderem Interesse zu sehen, wie die Dinge tatsächlich liegen. Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. hat mit den beteiligten Gewerkschaften für ihre Familien- und Arbeiterorganisationen ein einseitiges, aber vollständig gültiges Tarifverhältnis abgeschlossen. Auch für das Kontorpersonal ist ein Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Handelsgewerkschaften abgeschlossen worden. Die tatsächlichen Löhne und Gehälter gehen jedoch über die Grenzen dieses Vertrages hinaus. Ferner zahlt die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung für ihr Personal. Das macht allein 40 000 M. im Jahre aus. Dann zahlt sie 25 000 M. an Beiträge für die Unterhaltungsstufe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Ansehnlich kommen an Abschreibungen über das Werk, zu dem die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. durch ihre Beiträge verpflichtet ist, 10 000 M. zusammen. Diese Summe kann man jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß es selbstverständlich einem Unternehmen, wie der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G., nicht möglich ist, Arbeitstarifverträge abzuschließen mit Löhnen, die sich immer in der Konkurrenz üblichen Niveau bewegen.

Das Personal, das im Vorjahre 1155 Personen zählte, ist im Berichtsjahre auf 1297 Köpfe angewachsen. Es sind beschäftigt 3 Geschäftsführer, 6 Profuratoren, 6 leitende Beamte in den Abteilungen Verwaltung, Zigarrenfabriken und Seifenfabrik, 7 Lagerverwalter, 10 Betriebsrät, 8 Abteilungsbevollmächtigten, 1 Buchhändler, 2 Chemiker, 280 Arbeiter, 1 Aufsichtsbauer, 23 Maschinenführerinnen, 2 Telefonistinnen, 28 Boten, 11 Schlichter, 1 Hausmeister, 1 Feiger, 4 Kontantinfrauen, 1 Lagermeister, 1 Kassemeister, 7 Köcher, 46 Lagerarbeiter, 96 Lagerarbeiterinnen, 10 Wertmeister, 286 Zigarrenarbeiter, 817 Zigarrenarbeiterinnen, 3 Seidemeister, 110 Fabrikarbeiter, 93 Fabrikarbeiterinnen.

Nicht nur auf dem Gebiete des Warenhandels und der Eigenproduktion kann die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf befriedigende Fortschritte zurückblicken, sondern auch in ihrer Bananfabrikation. Die Produktion der Fabrik für 1911-12 übersteigt die des Vorjahres um 11,4 Prozent auf einer Seite des Hauptbuches betrug 114 491 Millionen Mark gegenüber 347 515 Millionen Mark im Vorjahre. Diese Zunahme ist doppelt erfreulich, wenn man bedenkt, daß die Veranlassung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine dazu beiträgt, nicht nur den Konsumvereinen eine angemessene Verzinsung ihrer Geld- und Kapitalüberflüsse zu ermöglichen, sondern auch eine angemessene Verwendung. Es ist jedem Konsumverein leicht gemacht, seine Kapitalüberflüsse, die er zu einer bevorstehenden Ausdehnung der Eigenproduktion, als auch zu neuen Bauten ansammelt, sowie die aus seiner Sparkassen erhaltenen Gelder zinsbringend anzulegen. In der Regel werden aber die Bantzen diese Gelder wiederum zuführen, die die organisierten Konsumisten nicht fördern möchten. Ferner ist es für Konsumvereine, die sich ausbreiten wollen, ganz außerordentlich schwierig, das nötige Kapital zu entleihen, das sie brauchen, bis ihre Finanzen sich dem neuen Stand der Dinge angepaßt haben. Hier tritt nun die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ein und befreit die Vereine von der Abhängigkeit von den Privatbanken. — Der Einzige in der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, der sich nicht als Mitglied der Großverkaufsgesellschaft kennt, ist es klar, daß reichlich Abschreibungen gemacht sind, aber auch dieser Überfluß wird nicht ausgeschüttet. Die angeschlossenen Vereine erhalten nur 200 000 M., während der Rest zur Stärkung der eigenen Mittel verwendet wird. Von diesen 200 000 M. fließt übrigens ein großer Teil in Form von neuen Einlagen auf Geschäftskonto wieder der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat in einem Jahre, das durch Dürre und Entwertung manche anomale Verhältnisse brachte und den Betrieb eines hochwertigen Unternehmens nicht gerade leicht gestaltete, einen höchst erfreulichen Aufschwung genommen und damit gezeigt, daß sie ein Unternehmen ist, das sich ebenso durch seine solide Finanzierung wie durch seine zielbewußte Geschäftsführung auszeichnet. Bereits steht die Großverkaufsgesellschaft an dritter Stelle unter allen anderen Großverkaufsgesellschaften der Welt. Hoffen wir, daß die gewerkschaftliche Treue der deutschen Konsumgenossenschaft es bald dahin bringt, daß die deutsche Großverkaufsgesellschaft unmittelbar hinter der englischen rangiert.

Allerlei.

Hiesiger Streichen.

Die französische Aviation ist wiederum von einem Unglück ereignet worden. In Anzib, auf dem Flugplatz Aviation stieg der Hiesiger Colandane in einem Passagier auf, um auf einem Freizeiter eine Höhenfahrt zu unternehmen. Der böige Wind, der den ganzen Tag über wehte, hat arteile in einem Sturm aus und drückte den Apparat mit Gewalt auf den Boden. Der Passagier hobi kurzste aus dem Aeroplan und zog sich einen Bruch der Wirbelsäule zu, er war sofort tot. Genauer erlitt eine schwere Verletzung am Bein. Aus 30 m Höhe gemeldet: Der Hiesiger u d i s i ä l e r ist mit seinem Passagier, dem Leutnant Stille vom 73. Infanterie-Regiment in Gelle abgestürzt. Beide waren tot.

10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, die für männliche Personen vormittags 9½, Uhr und nachmittags von 3½ bis 5 Uhr festgesetzt. Das Baden ist nur mit Seife oder Seifenwasser gestattet. Das Baden außerhalb der durch Platte abgegrenzten Bäder in der Straße oder an deren nicht genehmigten Stellen ist verboten; auch darf an diesen bezeichneten Plätzen nicht mehr gebadet werden, wenn der Wasserstand die Höhe der einschüssigen Wälle erreicht hat. Vor Reinigung, Wiederbeschaffung der Bäder, sowie der zur Beschleunigung der Reinigung der Bäder erforderlichen Wälle und der zur Bequemlichkeit der Bader den getrockneten Einrichtungen wird gewarnt. Das Betreten der außerhalb der Eingänge liegenden Wiesen und Böden ist verboten. Den Anordnungen der durch eine Dienstbesoldigte-funktionäre des Bades zu leisten.

Wittenberg. Selbstmord-Einbruch. Die Selbstmörder haben in der Nacht zum Sonnabend unserer Stadt ihren fälligen Besuch abgeleistet. Während man vorher nichts Besondere hörte, wird jetzt seit fünf Monaten von Zeit zu Zeit ein Einbruch verübt. Mit großer Dreifachheit krachten die Diebe immer wieder, denn alle Anzeichen deuten darauf, daß es stets dieselben Einbrecher waren, die nacheinander in den Kontoren von A. Bismarck, K. Koch, W. Brauns, K. Hoffmann, der Allgemeinen Ortskrankenkasse und neuerdings beim Maurermeister E. Bette in der Passauer Straße mit mehr oder weniger Erfolg die Geldkassen öffneten, nach der Plünderung der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat bemerkt, daß die Diebe mit großem Raffinement zu Werke gehen. Bei ihrem Einbruch steilen ihnen, nachdem sie in das zur ebener Erde gelegene Kontor eingedrungen waren und den Geldschrank geöffnet hatten, circa 1000 Mark in bar sowie etliche Wertpapiere in die Hände. Auch erbrachten sie die Kasse, ohne indes von den Papiere etwas mitzunehmen.

Erwähnenswert sind zwei der Diebstähle, die in letzter Zeit mehrfach unter Ansehen der Öffentlichkeit, so sind die Arbeitstischen Güter und Glaswaren, die in letzter, der anknüpfend ebenfalls dabei war, ist seit einigen Tagen verschwunden.

Halle und Saalfreis.

Halle a. S., den 3. Juni 1912.
Zum Wälderfreis.

Das Wälderinnungsbaus steht seit Sonnabend unter politischer Aufsicht. Es ist eine alte Festsache, daß die Wälderinnungen, wenn sie bei Streik der Gefellen bei der Suche nach Arbeitwilligen in Not geraten, nach der Polizei greifen, und so ist es jetzt auch wieder hier in Halle. Trotzdem der Wirt des Wälderinnungsbauers in der Gauchaer Straße die streikenden Wäldererellen, die dorthin kamen, um ihr Glas Bier zu trinken und zu beobachten, ob sich Arbeitswillige einstellen würden, ganz gern sah, weil sie sich in seinem Lokal in der angedeuteten Weise bewegten, hielt es der Innungs-Vorstand für notwendig, die Streikenden aus dem Lokale zu weisen. Als diese sich darauf besaßen, daß nur der Wirt sie hinausweisen könnte, wurde der Wirt gezwungen, zu erklären, daß er leider kontakthalb verhielt sich, beim Ansprechen von Streiks die streikenden Gefellen aus dem Lokale zu weisen.

Nun mußten sich die Streikenden vor das Lokal positionieren, und dort auf abwarten. Sofort folgte der Obermeister Günther Politzgeheime, die sich dann in den Gang, 9 Mann an der Zahl, vor dem Lokale aufhielten, aber keinen Grund zu irgendeinem Einstrittigen fanden. Schließlich wurden 2 Beamte zurüdgezogen. Nur einer blieb vor dem Innungslokal, wo er sicher, da es nichts zu tun geben wird, Angewandte bekommen kann.

Wie verhält sich dieses ängstliche Verhalten des Innungs-Vorstandes mit seinen Präzedenzen am ersten Streiklokal, daß schon an alle Stellen der Streikenden wieder besetzt seien? Heute heißt der Innungs-Vorstand wohl selbst ein, daß die Beförderung dieser Besatzung nur als Schwindel aufzubrechen kann.

Bei 2 Wälderern, die für die erste Streiklokal als Arbeitwillige gefunden hatten, gelang es den Streikposten, die Arbeitwilligen dazu zu bewegen, daß sie die Arbeit am Sonnabend wieder einstellen. Dazu kommen noch die Wäldermeister, die überhaupt noch keinen Arbeitwilligen bekommen hatten und so wohl das Hin- und Herrennen der Meister auf der Suche nach Streikbrechern kein Ende nehmen!

Eine Woche vor Ausbruch des Streiks langierten einige Mitglieber der Wälderinnungsinnung in die bürgerliche Presse die erzielten Notiz: Kein Wälderfreis. Die Wälderinnung hat alle Forderungen der Gefellen bewilligt und werden diesen nun bei entsprechender Lohnrückzahlung nach und nach nicht mehr beim Meister haben. Und jetzt, eine Woche später, brüht der Innungs-Vorstand darüber, wie die Innung die Wälderangelegenheit die sich mit dem Schwindel geholt hat, wieder weckt machen könnte. Es ist auch zu hart für die weisen Häupter des Innungs-Vorstandes, daß ihnen ihre Gefellen das Konzept so gründlich verdoht haben.

Gestern fand eine gutbesuchte Versammlung der streikenden und der zu neuen Bedingungen arbeitenden Gefellen im Restaurant Drei Könige statt. Die Versammlung war sehr kampfbereit gefolgt, wozu auch alle Lesende ihr. Kollege Friedrich gab den Situationen Bericht. Er schilderte den Stand des Kampfes folgendermaßen: 168 Wäldererellen waren am Ausbruch des Kampfes am vorigen Donnerstag betätigt. 81 arbeiteten in getragelten Betrieben gleich zu den neuen Bedingungen weiter, 87 sind inzwischen in weiteren getragelten Betrieben zu den neuen Bedingungen in Arbeit gegangen, zwei sind abgereist. Es sind also nur noch 87 Streikende vorhanden.

Die Wäldererellen mit 108 Gefellen haben die gefallenen oder noch bessere Bedingungen durchgesetzt. Es wurde mit Freuden anerkannt, daß die organisierte Arbeitererschaft durch den Kampf mit allen Kräften unterstützte und bei den verschiedenen Meistern konnte man feststellen, daß der Wohlwille seine Wirkung nicht verfehlt hat. Die getragelten Betriebe haben Beweisens maß zu tun als Maßstab.

Die Versammelten gelobten im Kampfe treu auszuhalten und nicht eher zu rufen, bis die Gefellen Wäldermeister sehr warm begrüßt haben. Es ist klug und klar bemerkt, daß es bisher faule Ausreden waren, wenn es sich die Gefellen gefellen könnten nicht auf dem Hause wohnen und schlafen. Wie die Tatsachen beweisen, ist das sehr leicht durchführbar und wird für alle Gefellen möglich werden, wenn die Wäldermeister einsehen, daß nicht nur die Wäldererellen, sondern auch die gesamte Bevölkerung es verlangt.

Verband der Wälder und Konbitorer, Filiale Halle.

Ein zwölfjähriger Junge zu einem Jahr Gefängnis verurteilt!

Das Urteil des Jugendgerichtes nach der gemischten Wirkung auslief, ergab eine Verurteilung zum Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist. Der Junge, der schon wiederholt Diebstähle begangen hat, war in Quedlinburg in der Erziehungsanstalt untergebracht. Er entwich von dort im März und trieb sich nun hier in Halle etwa 14 Tage lang umher. Die Mächte will er in Schrebergärten zugebracht haben. Auf den Wandbergrenzen traf er mit einem elfjährigen Schulknaben zusammen, der dort, wie er angab, auch umhertrieb. Beide verabredeten, sich durch Diebstahl Geld und Nahrungsmittel zu verschaffen. Sie gingen nach dem Markt der Stadt, fügten durch Hebelwerkzeuge in die im Erdgeschoss belegenen Wohnungen und stahlen ihren Schmuckkästen, Toilettengegenstände und Geld. Einmal entwendeten sie 100 Mk. und Nahrungsmittel. Bei ihren Taten erbrachten sie alle möglichsten Vorurteile. In einigen Räumen hausten sie sehr nichtig, indem sie Tinte auf die Wände schütteten und weisse Wetzflächen befleckten. Für das gestohlene Geld kauften sie sich Kleidungsstücke und Wäsche etc. Eine gefühlvolle Urteile haben die in Zoologischen Garten einen Pfaffen, der sie zu seinen mit ihrem Vergnügen auszuwandern und gefällig. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte ihnen bei ihrer Verhaftung abgenommen werden. D. gab bei seiner Festnahme einen falschen Namen an. Der andere Anabe ist noch nicht strafmündig. D. wurde wegen schweren Diebstahls in zehn Fällen, Mundbrauchs, Schelerei und Beilegung eines falschen Namens zu der furchtbaren Strafe von einem Jahre Gefängnis und drei Wochen Haft verurteilt, und zwar nicht einmal in bedingter Form. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß D. S. Treiben einen gefährlichen Gang zu verbrederter Tätigkeit befinde und es angedacht erscheinen, ihn durch eine längere Freiheitsstrafe die Folgen nach dem Jahre fühlbar zu machen. Zudem sei er leicht zu Umkehr zu bewegen. — Wir legen diese Urteile, daß der zwölfjährige Anabe durch die kleine Gefängnisstrafe gesteuert wird, Gewicht in seine Taten verwerflich. Aber in wie hohem Maße mag die Erziehung an dem Jungen gefählig haben. Und kann man dafür ihn, das erst zwölfjährige, kaum strafmündig geworden Individuum, verantwortlich machen! Die Richterergötzlichkeit verlor, und dann soll das Gefängnis helfen! Warum verurteilt man den Jungen die beständige Verurteilung? In einer Zeit, in der sich die Jugendlinge in allen Bereichen juristisch nicht mehr, sollten sie die gefallenen Fragen aus dem ganzen Fichte mit Gewalt aufdrängen. — Lasset die Kinderlein zu mir kommen — aber nicht ins Gefängnis!

Der gestrige Blumenanzug

hat nicht das gehalten, was sich mander von ihm versprochen hatte. Die Zehntausenden von Menschen, die an die Saaleufer gekommen waren, um eine Augenweide eigener Art zu genießen, sind bitter enttäuscht worden. Die Hauptschuld daran hat der Gewitterregen, der mitten in die Veranstaltung hineingeplogte und so die reizende Wassersfahrt gründlich zu Wasser machte. Nicht nur die Boote und Gondelfahrer, sondern vor allem die weiblichen Fußgänger haben großen Schaden an ruinierter Kleidung und Hüten zu beklagen. Die Fußmarchen und die Fußgeschäfte sind dem Wettergott zu Dank verpflichtet, aber auch dem Festplaner.

Wenn ganz festsprechend ist der Verkehrsverein vom dem Verkehrsverein. Der Regen und das Gewitter waren schon stundenlang vorausgesagt. Der Regen künftige sich sogar schon über eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung durch einzelne Tropfen an. Da mußte, wenn die Zeitung organisierte, auf der Gasse sein wollte, kläglich die Disposition geändert werden. Die Zehntausenden waren längst vor 3 Uhr an den Ufern versammelt. Ein früherer Anfang hätte niemand gefählig. Dann war es aber auch ganz auffallend unnötig, angesichts des Gewitters hinter den Uferbooten der Sportvereine eine so lange Pause im Zuge einzutreten zu lassen. Und schließlich was es absolut nicht nötig, die Boote, die doch alle bereits nummeriert waren, in der Nummerfolge lassen. Den flatternden Booten hätte ein Vorhaben in letzter Stunde noch ausdrücklich erlaubt werden müssen. Dann wäre bei etwas früherem Anfang der Hauptteil trocken durchgeführt worden und der ganze Kurs hätte bei pausenloser, flotter Fahrt einen weit prächtigeren Eindruck gemacht als jetzt mit den stürzenden Wäulen.

Im Übrigen muß aber jeder zugeben: Das, was man zu sehen bekam, war fast ausnahmungslos gelungen. Es ist rein unnötig, alle die niedrigen und zeigenden Bilder zu schildern. Und so trüber stimmte die langsame Luftfahrt. Das scheint übrigens die Zeitung auch zu empfinden. Denn sie schreibt uns:

Das etwa verpöhlte Eintreffen des eigenwilligen Blumenanzugs im dem unteren Teil der Fahrgäste wird ebenfalls mit besonderem Interesse begründet. Das ist ein Jernun. Der Zug wurde pünktlich um 3 Uhr abgelassen. Nur waren die großen Gondeln, teils wegen des oft schwachen Aufbaues und nicht zum weiten durch den plüchig aus Osten kommenden erhellenden Wind schwer vorwärts zu bewegen. Die letzten Ruderboote gewannen dadurch einen Vorsprung und trotz aller Unterbrechungen der Bootsführer, namentlich in Hinblick auf das drohende Regenwetter, konnte die Fahrt nicht beschleunigt werden.

Wir wollen unter den schon oben gefagten Vorbehalten dieses Eindrucks gelten lassen, da ja die Fähigkeit der Zeitung in sich kritisch Situation sicher keine leichte war. — Amdt bedend bringen wir die Liste der Prämienter. —

Es sind folgende Beiträge mit Ehrenpreisen bedacht worden:

Boat 81 vom Fabrikbesitzer E. Stephan und Frau. Boat 21 von Johannes Lorenz. Gondel 28 von Rechtsanwalter Seidel. Gondel 69 vom Regellub auf dem Neumarkt. Gondel 11 vom Direktor Paul Kühling. Boat 84 vom Fräulein Chiff. Paul Müller. Gondel 22 von Otto Grotz. Boat 78 von Frau Siegler. Boat 85 vom Stürmel II und Hüter. Boat 86 von Otter, Jagert und Lohde. Boat 55 vom Fabrikbesitzer Paul Kade. Boat 12 von Frau Böhde. Boat 48 von Frau Weiß. Boat 70 von Friedrich Wende. Boat 83 von Frau Heller. Gondel 20 von Dr. C. Richter. Boat 11 von Frau Siegel. Boat 88 vom Stürmel I und Hüter. Boat 88 vom Stürmel I. Gondel 24 vom Herrn der Blumenvereine Strohmann. Boat 87 von Wälder a. Meißner. Boat 54 vom Gott. Wolff. Gondel 19a vom Komiteeverein auf dem Platz. Gondel 14 vom Herrn Teufel. Gondel 25 von Stolz-Schro. Boat 20 vom Zoologischen Garten. Boat 64 vom Herrn Schade. Boat 58 von Frau Hjalte Welsmann. Gondel 10 vom Verkehrsverein Jungwälder. Boat 3 vom Deutschen Rotenkreuz. Dr. Grotz Halle. Boat 29 von Gerhard Heide. Boat 5 von Frau Wenzig. Gondel 19 vom Komiteeverein auf dem Platz. Boat 27 von Otto Grotz. Gondel 42 vom Halleischen Schützenklub. m. b. S. Gondel 18 von Dr. Enckelstrost u. M. Ammendorf. Gondel 8 der Gesangvereine Ländlicher, Wälderinnungs-Gesangverein, Volksliedertafel. Gondel 63 von Johannes Erb. Boat 88 vom Wälder Dietrich und Frau. Gondel 1 von Frau Schumann, Fischer und Trais. Gondel 15 von Reinhold Wenzel. Gondel 9 vom H. Grotzmann. Boat 76 von Direktor Südband. Boat 78 von Frau Sünder. Gondel 46 von Heilmann u. Binzer. Gondel 40 von H. D. Seinsel. 88 Dampfbetrieb von Frau Weitzel. Gondel 7 der Gesangvereine Ländlicher, Wälderinnungs-Gesangverein, Volksliedertafel. Boat 48 von Frau W. Grotz. Boat 26 vom Studenten-Vereinigung Schaleparana. Boat 56 von Frau Wubs. Gondel 4 vom Halleischen Schützenklub. Gondel 30 von Frau W. Grotz. Ferner wurde vom Verkehrsverein beschlossen, den Balconen einen Ehrenpreis zu stiften. Die hiesigen Zeitungen wurden mit ehrenden Anerkennung bedacht und werden letztere in Kürze eine Erinnerungsbildchen erhalten.

* Erstes Gartenkonzert im Volkspark. Morgen, Dienstag, findet im Volkspark das erste Gartenkonzert statt. Herr Kapellmeister Engelmann hat ein sehr reichhaltiges buntes Programm zusammengestellt. Im ersten Teil finden wir den Marsch von Mendelssohn, die Polka von Wagner, die Schöne Lärche, O schöner Mai, Wälder von Strauß und Ein Instrumentaltrio auf das Grab des A. Grotz. Fantasia von Liszt. Der zweite Teil bringt die Pantone aus der Oper Carmen von Bizet, die Operette aus Oper Norma von Bellini, das nette Charakterstück Heimgarten von Göttinger ein Potpourri von Petrus Operette Meise und im Schlußberges über, Wolke von Grotz.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im großen Saale statt. Der Eintritt beträgt wie in Vorjahren für jede Person 10 Pf. Ein geringes Entgelt bevor und wird die Arbeiterchaft erlucht, zahlreich zu erscheinen.

* Es geht schon los. Die Tatsache, daß der Kaiser in die Umgegend der Stadt Halle kommt, macht sich schon in unangenehmen Anzeichen für den südlichen Steuerfiskus bemerkbar. Die heutige Stadtvorstandesversammlung soll als erste Geldbewilligung für diesen Zweck auf Vorladung des Regierungspräsidenten vor dem Reichstag, über dem Reichstag der Kriegsministerien bewilligen. Wenn man schon mit solcher Unterfertigung kommt, kann das ja noch net werden.

* Milchkontrolle und Milchpreis. Schon seit langer Zeit ist Stuttgart der Schauplatz ausgebreiteter Milchpreissenken durch die Produzenten und die Händler. In der Gemeindevertretung am 15. Mai kam es zu einer Aussprache über die Beschneidung der Milchsubventionen wegen der hohen Kosten für gewisse Unterfertigungen, die denjenigen Milchproduzenten neben der gerichtlichen oder polizeilichen Strafe auferlegt werden, die der Milchpreissenke überführt sind. Auch beschwerte man sich über die Veröffentlichung der Namen der Milchproduzenten, der Gemeindevertretung war vorzeitig gemacht, den Bericht auf die angeblich zu hohen Kosten der gemeintlichen Unterfertigung in der richtigen Erkenntnis abzugeben, da in einer Beschneidung der Kosten der Unterfertigung gemäßigteren eine Prämie auf den Beitrag zu leben wäre, mögen das Interesse der Konsumenten durch eine bezahlte Maßnahme ganz gewiß nicht gemindert würde. Wenn die Milchproduzenten durch eine hinsichtlich Unterfertigung der Milchpreis auf Stuttgart die Preise in die Höhe treiben, die Preissteigerung mit dem Milchpreis des vorigen Sommers begründet, so sollte doch wenigstens für die teuren Geld auch einmündiger Milch bekommen. Der Stuttgarter Konsumenten, der für seine Mitglieder den

Ravon-Seife

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft. Stück 20 Pf. ganz ohne Soda!!

Die Reinigungswirkung ist einfach fabelhaft. Selbst durch und durch verschmutzte Wäsche wird mit Ravon-Seife bei spielend leichter Arbeit wie neu. Empfindliche Stoffe, wie Seide, Wolle, Spitzen, Gardinen usw. bleiben vollständig unverändert. Rein Einlaufen! Kein Farbenverblasen! Dabei billig: Bei richtiger Anwendung braucht man von Ravon-Seife halb so viel Seife wie sonst. Die Ravon-Seife ist nach Zusammensetzung und Waschkraft die reinste und vollkommenste Hausseife, die die Seifen-Industrie je hervorgebracht hat.

Mittelkonsum organisiert, ist heute schon in der Lage, die Arbeit billiger abzugeben, als die nicht organisierten Konsumisten und die Milchbesitzer. Gegen die künftige Preissteigerung und die Überwindung der Milchproduktioner hilft am besten Ende nur eine feste Konsumistenorganisation. — Für die Milch die Milch nah mit Milch. Die Milchbesitzer der Milchgläubigen nimmt den tiefsten Konsumisten alles Kapital, das zum Ausbau des Vereins und seiner Einrichtungen so bitter nötig ist. Erst wenn die Milchbesitzer überwinden ist, wird auch in Halle der Konsumisten Preis und Milch billig liefern können.

* Die Fahrgeldbeimnahmen der Straßenbahn betragen im März 54,540 Mark, im April 52,033,50 Mark, also dieses Jahr 294,80 Mark mehr; vom Januar bis Mai 235,167,20 Mark, im gleichen Zeitraum des Vorjahres 223,643,33 Mark, also dieses Jahr ein Plus von 11,523,87 Mark. — Die Fahrgeldbeimnahmen der A. G. E. S. t. d. b. a. n. Halle betragen: vom 1. bis 31. Mai 1912 90,393,33 Mark, vom 1. bis 31. Mai 1911 81,790,75 Mark, mehr 1912 8,602,58 Mark; vom 1. Januar bis 31. Mai 1912 438,293,33 Mark, vom 1. Januar bis 31. Mai 1911 397,081,80 Mark, mehr 1912 41,211,53 Mark.

* Eine spätere Briefkastenreinigung wird von jetzt ab an Sonn- und Feiertagen abends ausgeführt und zwar in der Zeit von 8½ bis 10½ Uhr, so daß die eingekammelten Briefkasten noch mit den von 10½ Uhr abends abgehenden wichtigsten Postzügen befördert werden.

* Im Wallfahrtsorte erriet angeblich das bekannte Winter-Zimn-Abenemle wieder große Erfolge. Bei ihrem Gesamtauftritt als Gesangskapelle mühte die Gruppe aber bei heiteren Tönen bleich; errie hindern, weil unüberwindlich, nur den Erfolg. Schmückte die Gesangskapelle den größten Erfolg hatte aber der Einzelne die weiße Dame, in dem in überwältigender Weise drei Herren in Damenrollen auftraten. Das auch sonst an Homie rede Sind weidie die lustige Stimmung.

* Ganz Ernteeinfach. Ein über 280 Meter langer Baum mit einer lüchenden Faggenkrone wurde gestern einem Getreidefeld in der Nähe der Seide entnommen. Das Exemplar ist auf dem dortigen sanjigen Boden immerhin eine Seltenheit.

* Unfall. Ein Wunderreiter stürzte gestern infolge eines Fehltrittes auf dem Kröllwitzer Felde und brach sich den rechten Arm. Der Krankenwagen brachte ihn in ärztliche Behandlung. — Von einem Schußwunden wurde gestern abend von der Quereinne Grabsteinen ein Stein herabgeworfen, eine Frau am Kopf verwundet. Glücklicherweise kam die Frau ohne Verletzungen davon.

* Feuer. In der Raderstraße entstand gestern nachmittag ein geringfügiger Stubenbrand, der von der Feuerwehr bald gelöscht wurde.

* Von der Strafe. Ein Student wurde in vergangener Nacht auf dem Alten Markt von einer unermitelt gebildeten Person mit einem Stoch über den Kopf geschlagen. — In der Delfischer Straße lag gestern der Zeitungsdraht der elektrischen Straßenbeleuchtung. — Eine Schloßer erregte sich gestern abend zwischen Arbeiter in der Liebenauerstraße.

* Ein Einbruch. Bei dem dem Täter einige Hühner in die Gänse fielen, wurde in vergangener Nacht in einem Schrebergarten an der Ballerhäuser Bahn verübt. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Däua. Ein geislagan hat der Milch beim gefirzten Gemitter in den Verbehalt des Gustobeters Aistfische. Die Pferde wurden noch rechtzeitig herabgeholt. Das Stallgebäude brannte aber vollständig aus. Als die freiwillige Feuerwehr zur Stelle war, zeigte sich, daß die Böfommatier nicht alle in Ordnung waren. Schließlich gelang es mit Hilfe der bester Feuerwehr doch noch, die umliegenden Wohngebäude erfolgreich zu schützen.

Dppin. Selbmoard auf den Schienen. Ein auf den Schienen des Güterbahnganges in Birendenthal Nur durch Selbstmoard fürstlich verendeter unbekannter Mann ist als der aus Dppin bei Halle geführte Nittergutshofmeister Friedrich Müllers Widmard ermittelt worden. Er war auf dem Nittergut Dppin bei Halle bis 4. Augustfesttag befestigt, von da ab war sein Aufenthalt unbekannt. Am 29. Mai hat er noch 8 Mark an seine Ehefrau geschickt und mit dieser Postsendungsmittlung einen Birendenthaler Gelehrten beauftragt. Der Tote hinterließ außer seiner Ehefrau drei Kinder, mit denen er ein durchaus glückliches Familienleben unterhalten haben soll.

Quittung.

1,50 Mark zu Parteizeigen erhalten von Ernst Wader. Niemand.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Die Karmachen. Während der Föderheit auf den Reiter Werten in Rangenhagen der Föderliche Bergarbeiter Pökmann am 3. April einem Föderer mit einem Schaufelteil einen heftigen Stoß gegen den Mund. Dem Verletzten wurde die Hinterkeite gelassen, dann wurden ihm zwei Nähe ausgebrochen und eine Anzahl Nähe gelöst. Er blutete sehr hart und mußte sich zum Arzt begeben. Er will nur aus Verlegen gelassen haben. Der Verletzte war aber anderer Ansicht. Der Amtsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte aber mit Rücksicht auf des bis herige Unbefristet am 40 Mark. —

Als angeblicher Vaterlandsverräter hatte sich der 20jährige Arbeiter L. nach der Ruffierung am 18. März mit einem Kameraden „tüchtig einen angekrumt“ und dann den Exerzierplatz betreten. Das Betreten des Platzes ist bekanntlich der Strafe verboten. Als die beiden von der Wachpostenkontrole festgenommen wurden, merkten ihre Schwärzer an, wollten einen Hüfler „eine runter hauen“. L. wurde dann gefangenommen und nach der Waide gebracht. Bei dem Verlassen der Waide soll er dann einem Hüfler eine Drohung angewendet haben. Vor Gericht entschuldigte sich mit finanzielle Notlage. Der Amtsanwalt beantragte gegen ihn wegen Verleumdung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und verbotenes Betreten eines militärischen Übungsortes (§ 3 des Gesetzes betreffend den Verstand militärischer Geheimnisse) eine Gefängnisstrafe. Das Urteil lautete auf 18 Mark Geldstrafe.

Merlei.

Kinder kauft der Wirt braudt leere Fässer! Diesen drastischen Ausdruck hat sich offenbar die Gast- und Schankwirtschaft in der Gegend von H. zu ihrem Wahl- sprach erlesen. Am Reichsbanner Anzeigebild zeigt die genannte Annotatoren den folgenden Sufz:

Einwohner Reichsbanners! Die häufigen Klagen über mangelhaften Verbrauch und Umsatz seitens unserer Kollegen sind wohl kaum berechtigter gemessen, als gerade jetzt in einer Zeit, wo so viele Familien als Arbeitlose, Soldat, Reiter und nicht zuletzt „Schrebergärtner“, sowie erhöhte Lebenshaltung und teure Lebensmittelpreise so eminent auf jeden Wirtschaftsbesitzer einwirken! Rednet man hinzu das Vorhandensein von Flüchtlingen in einer großen Anzahl von Haushalten, sowie die sogenannte Spielende, welche durch gegenfeitige Einladungen unter sich in Privat abgehalten werden, sowie die in so hoher Weise lebende „Reinheitsmeierei“, so wird man es den Wirten nachsagen können, daß ihre Lage seine „beidenbeide“ ist; dazu kommt noch eine Laun zu ertragende Belagerung durch den Ansturm der Gäste, der auch noch von ihnen keinen sehr dankbaren Wunsch hat, als diesem in früherer Zeit so geschätzten und wohlhabenden Stand „Vale!“ zu sagen, wenn er nur wüßte, was er dann anfangen sollte. Wie berechtigt die Klagen sind seitens der heutigen Jugend oder nach hier lommender Fremden über die in heiligen Angelegenheiten Oebe und mangelnde Gefelligkeit, davon kann man sich jeden Tag selbst überzeugen.

Im Anstich an die in letzter Zeit hier sich bemerkbar machende fortschreitende Entwidung und Verjüngung lassen wir den Wirt auf erhalten an alle, die es angeht, „oben“ und „unten“ den besten Verbrauch zu bewirken. Die „a“, die jedem gerechten Mann als Ort der Unterhaltung und gegenfeitigen Belehrung beim Glase Bier ein Bedürfnis sein sollte. Es ist nicht „Vannaxat“ und namentlich die Ungleichheit nicht von Vorteil, der Scheiß gänzlich fernzujahren und sie Abende bei „Muttern“, bei „Ee oder Sölo“ zu zubringen.

Die Reichsbanner Innungsorgane scheinen der Meinung zu sein, daß die Einwohnerschaft nur vorhanden ist, um sich in den Kneipen den Magen voll Alkohol zu pumpen, damit sich das Fortemomme der Wirtes fällt.

Folgeschwerer Einbruch eines Schornsteins.

In Gilly (Rantzsch) stürzte Sonntag ein großer Kamin aus der Höhe von 45 Metern herab. Die Trümmer zerstörten das Haus des Hausbesizers und zerstörten die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen und es gelang nach und nach, die Leiche einer Frau, die verschüttet worden war, sowie den schwer verletzten Gemann und eine weitere schwer verletzte Frau aus den Trümmern hervorzuholen. Ein kleiner Knabe wurde dabei getötet, wurde völlig unversehrt aus dem Trümmern herabgeholt werden. Zwei Personen, die gerade zur Zeit des Einbruchs die Unglücksstelle passierten, wurden von den herabstürzenden Gesteinsmassen leicht verletzt.

Kleine Vulkanforscher.

Nach einem Telegramm aus Honolulu sind die amerikanischen Professoren Deas und Shepard am Dienstag in das 2300 Meter hohe und rings um heißen Vulkanen in umschließende Wäden des auf der Ostküste der Insel Hawaii gelegenen Vulkans Pitane vom Volcano Houle her

niederzugesunken und haben am den 870 Meter langen und 810 Meter breiten Kavafee Salemannau Gas aus der Loden der Lava ausgepumpt. Das Inneren der Höhle war mit großer Lebensgefahr verbunden. Die Kavafee soll die jegliche Vulkantheorie völlig auf den Kopf stellen. Der Vulkan liegt in der Provinz Hawaii, 1200 Meter über dem Meeresspiegel, und ist seit einem Jahren das Ziel zahlreicher Touristen geworden.

Kleines Merlei. Vom Schußmann erschossen! Der Hilfsbahnmann Eotmann in Danzig wurde bei der Festnahme des Arbeiters Dombrowski von diesem mit dem Messer angegriffen. Der Schußmann hat den Angreifer durch drei Schüsse in der Brust verwundet. Am 2. März wurde er im Krankenhaus des Vaters in Danzig gestorben. Er war 45 Jahre alt, gänzlich verarmt und hilflos.

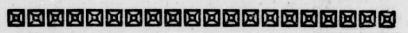
Das Wüten der russischen Zensur gegen Tschechen.

Das Wüten der russischen Zensur gegen Tschechen ist nach seinem Tode wieder Tschechen noch schlimmer als zu Zeiten von der russischen Zensur geplagt. Wie sehr der Nachlass Tschechen durch die Zensur des Geistes entleert worden ist, erzählt man aus einem jeden berichtigten langen Schreiben des bekannten Publizisten Ghrifanow, der selber die Herausgabe der hinterlassenen Werke des großen Dichters mitbesorgt hat. In einer Reihe von Schriften Tschechen nahm der Zensur sinnlose Streichungen vor, einzelne Werke aber verloren dadurch überhaupt jeden Wert. So wurden im Glück auch im Dunkel leuchtet das Licht nicht nur die Worte des Helden gegen die russischen politischen, wirtschaftlichen und religiösen Willkür weggelassen, sondern auch völlig gleichgültige Stellen verlesen der Zensurfiguren, zu Meuerungen der Werturteilung seitens anderer Personen darüber, daß die Hauptfigur die Kirche leugnet und nicht mehr zur Weiche kommen will. Schlimmer als diesem Wert ergibt es dem Bruchteil und der Wahrheit, die von der russischen Zensur bei der Ausübung einer Expropriation geschädigt werden. Was seinzeit die Tagesblätter unbenannt veröffentlichte, das ist mit dem geliebten russischen Dichter verlast. Die meisten des Fragments wurden getrieben, eine Unwürdigkeit, die um so charakteristischer ist, als es ja jedermann weiß, wie sehr Tschechen überaus förmlich gewalttätigen Affe und ganz unabhängig die terroristischen Expropriationen beurteilt hat. Am radikalsten allerdings ging die Zensur gegen die Memoiren des Hedor Kuschmitz vor, die ganz und gar verboten wurden. Als dann die Zeitschrift Korotkows Nuzfode Dognitow dieses Werk Tschechen veröffentlichte, wurde die betreffende Nummer der Konfiskation. Nun besteht zwar heututage in Rußland keine Präzedenzfigur mehr, so daß die Herausgeber des Zeitschriften Nachlass zu machen ungehindert hätten alles publizieren können. Allein amweilless wäre dann der Nachlass Tschechen der großen Dichters nicht hätte weggelassen, sondern die Herausgeber freiwillig der Zensur, die sich bei dieser Gelegen- heit barbarischer als je gezeigt hat.

Humor und Satire.

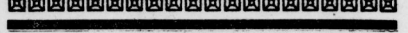
Bitte!

Majestät! Ich möchte fragen: Gehst das Ding schon wieder an? Mit Verfassungen zerfahren? Sie sind nicht aus Porzellan. Wenn sie hoch in Eberden geben, Könnte leicht — man weiß es nicht — Eurer Majestät gelieben. Daß Sie Allerschick sich nicht. Doch ich weiß, es sind nur Gähne. Die man mal so von sich gibt. Nach Staats- und Reichswirtschaftliche Lind nicht und durch geliebt. Die Reichsmittlerperiode. Gatten wir für abgetan. Und mit dieser alten Wöde. Gängen wir nicht wieder an. (Peter Schlemihl im Simpel.)



Bildet Euch! Unterrichtet Euch!

Benutzt die Arbeiter-Bibliotheken!



Mit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit steigt auch die Arbeiterüberdichte, da Strohduchfälle und Darmkatarrhe dann häufiger auftreten. Lebe Mutter, die ihr Kind mit der Stühle nährt, sollte darum beiseiten der Saugmilch einen Löffel von Kulek geben, weil diese Nahrung vorbeugend wirkt.

Globus
Schwartz
Putzextrakt
putzt alle Metalle am besten.
Sämtliche Putzmaschinen empfinden die Volksbuchhandlung.

Blumen-Korso.
Dresdener Hutlager, Kuhgasse 3
hat noch großes Lager in garnierten Hüten, Hutfassern, Hutblumen, Seiden u. Bändern und bietet dieses den Damen, die beim Blumen-Korso eingerechnet sind, zu allerbilligsten Preisen an.

Der Weg zur Macht
von Karl Lauterbach.
Preis 50 Pfennig.
Su beziehen durch alle Austräger u. die Volksbuchhandlung

Sozialdemokratisch. Verein für Halle u. d. Saalkreis.
Nachruf!
Gestern früh gegen 5 Uhr verstarb unser langjähriges Mitglied, der Lazerhalter
Richard Bartsch
im 51. Lebensjahre.
Eure feinem Andenken! Eure Beerdigung findet Mittwoch nachm. 5 Uhr vom Diakonissenhaus aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Statt besonderer Meldung:
Gestern früh gegen 5 Uhr verstarb unser langjähriges Mitglied, der Lazerhalter
Richard Bartsch
im 51. Lebensjahre.
Eure feinem Andenken! Eure Beerdigung findet Mittwoch nachm. 5 Uhr vom Diakonissenhaus aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.
Am Sonntagvormittag 11½ Uhr fand im Schwermem Krembeler meine in der Brautiere gute Mutter, im noch nicht vollendeten 45. Lebensjahr.
Um stillen Beileid bitten
Bernhard Stude nebst Kindern, Gabelbergerstraße 6.
NB. Da die Einäscherung in Weissig stattfindet, sind Kranzgebühren öffentlich verboten.

Richard Bartsch
im 51. Lebensjahre.
Im stillen Beileid bitten Die trauernden Familienangehörigen.
Landek. Sehl.
Halle a. S., D. Bucherstr. 34, 11.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 5 Uhr vom Diakonissenhaus aus statt.

Unjungen Dank allen, die in der Beerdigung einen so warmen Entschlossenheit mit Blumen und Geleht erchten und unteren Schmerz mit nachstehendem Trost zu lindern suchten.
In tiefer Trauer.
Frau Anna Stroh
und Kinder.

Haushaltungsbücher
für alle Tage des Jahres, für jede Familie und einzelne Personen passend.
Preis 1 Mark.
Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag morgen verstarb nach langem, qualvollem Leiden unser langjähriger Lagerhalter, Herr
Richard Bartsch
im 51. Lebensjahre.
Der Verstorbenen war ein treuer Anhänger unserer Genossenschaft, der durch Fleiß und Umsicht die ihm übertragene Obliegenheiten stets zu erfüllen wußte. Wir betrauern sein Hinscheiden aufs herzlichste.
Die Verwaltung des Allgem. Konsum-Vereins zu Halle a. S.

Zentral-Verband der Lagerhalter.
Am 2. Juni verstarb nach langem Leiden unser treuer Kollege und seitheriger Schriftführer
Richard Bartsch.
Sein aufrichtiger Charakter sichert ihm das Andenken sämtlicher Kollegen.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 5 Uhr vom Diakonissenhaus aus statt. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet.
Der Vorstand.